

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Bezugspreis vierteljährlich 2,50 Goldmark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. ♦ Redaktionschluss: Montag morgens 9 Uhr.

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: für die Petitzeile 0,60 Goldmark (Reklame 1,20 Goldmark) zur Zeit der Zahlung. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Keine halbe Arbeit!

Wir haben gesehen den Norweger Amundsen bei dem Kühnen Versuch, den Nordpol mit dem Flugzeug zu erreichen. Bis auf 250 Kilometer ist er herangekommen. Die Welt hat das als eine ganz große Leistung anerkannt und dem wagemutigen Forscher reichlich Ruhmestranze geschenkt. Aber Amundsen ist nicht der Mann, der sich mit einem halben oder Dreiviertelserfolge zufrieden gibt. Bereits sehen wir ihn in der Propaganda für die Wiederholung des Fluges mit dem Luftschiff. Wir zweifeln nicht, daß er eines Tages mit einem unserer stolzen Zeppelinkreuzer hinauszugehen und dann den Pol wirklich erreichen wird. Aus ihm spricht die zähe Energie des Mannes, der sich durch keinerlei Widrigkeiten und Hindernisse von seinem Vorhaben abbringen läßt, sondern das einmal gesteckte Ziel unbedingt auch durchsetzt.

Auch wir im Verband hatten uns in diesem Frühjahr ein großes Ziel gesetzt. Die durch Inflation und Stabilisierungskrise herbeigeführte Schwächung des Verbandes sollte möglichst noch in diesem Jahre überwunden werden. Es ging auch Monate hindurch gut vorwärts in der Mitgliederentwicklung. Nun aber scheint der Werbeeifer bereits wieder nachzulassen. Es geht noch vorwärts, aber langsam. Mancherorts ist bereits Stillstand eingetreten.

Haben wir es etwa nicht mehr nötig, mit aller Kraft an der Stärkung des Verbandes zu arbeiten? Wohl haben wir erhebliche Erfolge in der Verbesserung unserer materiellen Lage erzielt. Aber täuschen wir uns nicht: dieser Besitz ist noch nicht als gesichert anzusehen. Der jetzige Machtkampf der Schwerindustrie im Westen und der gewalttätige Versuch, die Bauarbeiterlöhne nicht bei den Glanzlöhnen der Industriearbeiter zu halten. Den Industrieunternehmern sind selbst die Löhne ihrer Arbeiter noch zu hoch. Die Metallindustriellen der Gruppe Nordwest haben gegen allen Ernstes einen zehnprozentigen Abbau der Löhne gefordert. Von der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände wird eine außerordentlich lärmvolle Agitation entfaltet, um Regierung und Bürgerum die Ueberzeugung einzuhämmern, daß nur Lohnruhr und lange Arbeitszeit die Wirtschaft noch „retten“ können. Und unsere Arbeitgeber? Nun, sie sind mindestens nicht böse, wenn die schwerindustrielle Reaktion tüchtig über die Arbeiter „sieg“, warten vielleicht nur auf diesen Sieg, um dann ihre bekannten Forderungen in einem Reichstagsvertrag nach ihrem Herzen durchzusetzen. Auch die zahlreichen Kämpfe dieses Jahres in unserem Gewerbe reden eine nicht mißzuverstehende Sprache.

Darum keine halbe Arbeit in dem Aufbau des Verbandes! Die einfachste Pflicht der Selbsthaltung zwingt die Arbeiterschaft, auf die Stärkung der Gewerkschaften bedacht zu sein. Es geht ja in den gegenwärtigen sozialen Kämpfen nicht nur um eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Steuervorlage, Zollvorlage, — diese beiden Worte belagen wohl genug. Was kann der einzelne Arbeiter, was kann selbst die Masse der Arbeiter, wenn sie unorganisiert ist, gegen die hier drohenden Gefahren ausrichten? Nichts! Nur in dem Zusammenschluß liegt unsere Stärke.

Darum jetzt noch einmal alle Kräfte zusammengefaßt zu dem Ziel: Stärkung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands.

Helfen Agrarzölle der Landwirtschaft?

Darauf gibt die „Sozialpolitische Korrespondenz“ des Volksvereins f. d. kath. Deutschland folgende Antwort: „Werte Kreise des Landvolkes geben sich einer gefährlichen Täuschung hin, wenn sie glauben, der Schutz Zoll werde in der Hauptsache oder gar allein die Agrarkrisis überwinden und die Rentabilität des Landbaues sichern. Dieser Glaube ist an sich bequem. Man erwartet alles Heil von außen, vor der Staatshilfe, und vernachlässigt dabei die Rettung durch genossenschaftliche und betriebswirtschaftliche Selbsthilfe.“

Deshalb müssen wir in den Weiten der übersehenden Hoffnung auf die Wundermacht der vorgezeichneten Agrarzölle viel Wasser der Nüchternheit, auf die wirklichen Tatsachen sich gründenden Erkenntnis der Dinge gießen und warnen; denn die Agrarzölle sind kein Allein- und Allheilmittel für die Besserung der Lage der Landwirtschaft. Sie werden, wenn sie auch unter den gegebenen handelspolitischen Verhältnissen als nützlich Handelsvertragsinstrument oder als Ausgleichsmittel notwendig sind, nicht die Rolle bei der Überwindung der Agrarkrisis spielen wie in der Vorkriegszeit. Darüber sind sich nicht nur die Gelehrten, sondern auch weitblickende Wirtschaftspraktiker einig, die sich in den mehr oder weniger sachlichen und hochstehenden

Debatten der Gegenwart über die Gestaltung unserer Handelspolitik ein ruhiges, abgewogenes Urteil bewahrt haben.

Recht überzeugend hat dies auch der Bonner Professor Weidmann in seinem neuesten Buch: „Agrarkrisis und Agrarzölle“ namentlich für den Getreidezoll nachgewiesen. Es sind also mehrere wirtschaftspolitische Maßnahmen anzuwenden, um den Landbau zu fördern und die im nationalen und volkswirtschaftlichen Interesse erwünschte Rohertragssteigerung und damit eine Verminderung der Einfuhr durchzuführen.

Ist so schon der Nutzen der Agrarzölle geringer als früher, so werden sie diesen geringeren Nutzen bei der Förderung der Landwirtschaft nur haben, wenn sie zweckmäßig gestaltet sind. Dazu gehört, daß die Agrarzölle in ihren Sähen in einem richtigen Verhältnis zu den Industriezöllen stehen. Beide bilden ein zusammenhängendes Ganzes. Im alten Zolltarif von 1902 war im allgemeinen diese Voraussetzung erfüllt. In der jetzt zur Erörterung stehenden Zolltarifnovelle ist das nicht der Fall. Darin werden die Industriezölle noch weit über den Vorkriegsstand erhöht, und diese Erhöhungen sollen sofort nach Verabschiedung des Gesetzes in Kraft treten, während die landwirtschaftlichen Zölle nur bis zum Vorkriegsstand erhöht werden, und zwar erst vom 1. August 1926 ab. Bis dahin sollen um die Hälfte oder ein Drittel niedrigere Sätze gelten.

Nun wissen wir doch, daß ein wesentliches Hindernis der landwirtschaftlichen Rentabilität das immer noch bestehende, wenn auch durch die Preisentwicklung der letzten Jahre etwas gemilderte Preisverhältnis der Preise agrarischer und industrieller Erzeugnisse ist. Der Landwirt bekommt im Warenaustausch geringere industrielle Gegenwerte für sein Korn oder Vieh als früher. Er kann daher manche für die Verbesserung seines Betriebes nützliche Anschaffungen nicht machen, und somit hindert dieses Preisverhältnis die Ertragssteigerung, ja es hat hier und da sogar zur extensiven Wirtschaftsweise geführt.

Daher sollte man meinen, daß eine Zolltarifnovelle, die in ihrer Begründung lange Ausführungen bringt über die notwendige Förderung der Landwirtschaft, wofür Agrarzölle als ein Mittel angesehen werden, konsequent vor allem sich zur Aufgabe gesetzt hätte, dieses Preisverhältnis durch eine wohlabgewogene Ausbalancierung der industriellen und agrarischen Zollsätze zu beseitigen. Das hat sie aber bedauerlicherweise nicht getan, und man kann ihr deshalb den Vorwurf, sie sei ein wenig durchdachtes Flickwerk, nicht ersparen. Auf jeden Fall kann man aber jetzt schon prophezeien, daß, wenn dieser Entwurf unverändert in Kraft tritt, den Landwirten die Augen aufgehen werden vor Enttäuschungen. Das Preisverhältnis wird infolge der in vielen Positionen an Hochschutzzoll grenzenden Industriezölle bleiben, und „die letzten Dinge werden schlimmer sein als die ersten.“

Aus dieser Sadgasse gibt es, wie mit Recht Kurt Ritter in der „Deutschen Tageszeitung“ (Nr. 126) ausführt, vier Auswege, die alle voneinander verschieden

und daher heiß umstritten sind. „1. Abbau der Industriezölle, um sie dem Stand der Agrarzölle anzugleichen, d. h., da Agrarzölle fehlen, Uebergang zum Freihandel. 2. Wiedereinführung der Agrarzölle in einer dem jetzigen Stande der Industriezölle entsprechenden Höhe. 3. Wiedereinführung der Agrarzölle bei gleichzeitiger Herabsetzung der Industriezölle derart, daß beide Gruppen hinsichtlich ihrer Höhe einander entsprechen. 4. Erhöhung der Industriezölle bei gleichzeitiger Wiedereinführung und Erhöhung der Agrarzölle über den Vorkriegsstand derart, daß beide denselben Stand erreichen.“

Von diesen vier Möglichkeiten ist wohl die dritte am ehesten zu ergreifen. Die Landwirtschaft soll sich gegen die Industriezölle wenden und für deren Abbau eintreten bis zu dem Stand, der dem der Agrarzölle entspricht. Das ist vorläufig auch nach der Meinung führender Gelehrter das Gegebene. Darauf muß auch hingewirkt werden bei den Handelsvertragsverhandlungen, aus denen die endgültigen und tatsächlich geltenden Vertragzölle hervorgehen. Nur, wenn diese Gedanken berücksichtigt werden, kann man annehmen, daß die Schutzölle der Landwirtschaft etwas helfen, sonst nicht.“

Es ist immerhin begrüßenswert, wenn hier der Versuch gemacht wird, das teilweise recht hoch gestiegene Schutzollniveau der Landwirtschaft etwas abzulassen. Daß es außer den genannten vier Wegen noch andere Möglichkeiten gibt, um der Landwirtschaft zu helfen, wo sie berechtigten Anspruch auf Hilfe hat, und jedenfalls jetzt noch nicht die Zeit für die Einführung landwirtschaftlicher Schutzölle gekommen ist und diese auch im Falle der Unabwendbarkeit immer nur in der Form mäßiger Verhandlungszölle zu ertragen sind, haben wir bereits in der letzten Nummer gesagt.

Hier soll zu etwas anderer Stellung genommen werden. Es ist in dem Artikel und auch sonst in den Debatten über den Schutz Zoll immer nur die Rede von der Relation (Verhältnis) zwischen industriellen und landwirtschaftlichen Zöllen. Es gibt aber eine weitere Relation von mindestens ebenso entscheidender Bedeutung: d. i. das Verhältnis der Kaufkraft der Löhne zu den durch die Agrarzölle zu erwartenden Preissteigerungen. Denn daß diese Preissteigerungen mit dem Inkrafttreten der Zölle, wenn nicht schon vorher, kommen, und zwar über das Maß der wirklichen Zollbelastung hinaus, ist für uns ganz sicher. Wie wird hier der unbedingt notwendige Ausgleich für die Arbeiterschaft geschaffen? Es ist selbstverständlich, daß die industriellen und landwirtschaftlichen Vertreter des Schutzollens sich um diese wichtige Frage nach Möglichkeit herumdrücken. Um so energischer sollte sie von unseren christlichen Arbeiterabgeordneten im Reichstage aufgeworfen und auf Antwort gebrungen werden. Wir jedenfalls werden auch landwirtschaftlichen Verhandlungszöllen unsere Zustimmung nur geben, wenn vorher der Interessenausgleich zugunsten der Arbeiterschaft in irgendeiner Weise sichergestellt ist.

Der Machtkampf der Schwerindustrie gegen die Bauarbeiter

Der Stand der Bewegung

Aus dem Ruhrgebiet wird uns geschrieben:

Die Vertreter der Großindustrie und des Bergbaues setzen ihren Kampf gegen unser jüngstes Lohnabkommen, worüber wir in Nr. 24 der „Baugewerkschaft“ berichtet haben, in verstärkter Weise fort. Bis zum 14. Juni war es hauptsächlich die Industrie, die ihre Bauten stilllegte. Seit dem 15. Juni werden aber auch täglich mehr Neubauten stillgelegt, die auf Rechnung des Bergbaues errichtet werden. Ja, selbst Feuerungs- und Ofenbauten wurden in der letzten Woche von der Schwerindustrie sehr zahlreich brotlos gemacht.

Die Vertreter der Schwerindustrie werden auch auf die Stadtverwaltungen, auf die verschiedensten Bauvereine und immer nachdrücklicher auf die Privatbauunternehmer ein, damit sie ihre Bauvorhaben zurückstellen und die Bauten so lange stilllegen, bis sich die Bauarbeiter dazu bereit erklären, für geringere Löhne zu arbeiten und täglich mindestens zehn Stunden zu schaffen.

Hier und da haben die Scharfmacher mit ihrer Bergehung bereits einen Erfolg aufzuweisen. Einzelne Stadtverwaltungen haben einen Teil der vergebenen Bauarbeiten wieder zurückgezogen und selbst einzelne Bauunternehmer, Mitglieder des Arbeitgeberverbandes, haben infolge des Druckes der Scharfmacher ihre Privatbauten stillgelegt und weigern sich, die neuen Tariflöhne zu zahlen.

Auch der Rheinisch-westfälische Baugewerkeverband scheint sehr unter dem Druck der Schwerindustrie zu stehen, oder aber er empfindet den Kampf recht angenehm, denn er hält es gar nicht für notwendig, unser Beschwerbeschreiben gegen seine Mitglieder zu beantworten.

Mögen die Scharfmacher weiterleben und schließlich hier im Industriegebiete das Baugewerbe völlig lahmlegen, ihr Ziel werden sie nicht erreichen.

Ehe die Bauarbeiter hier im Industriegebiete für Hungerlöhne arbeiten, werden sie lieber das Industriegebiet verlassen und in den Gebieten Beschäftigung annehmen, wo ihnen ein auskömmlicher Lohn gezahlt wird... Da also hier der Kampf täglich härtere Formen annimmt, bitten wir unsere Berufscollegen noch einmal dafür zu sorgen, daß der Kampf der Bauarbeiter nach dem Rheinisch-westfälischen Industriegebiete streng ferngehalten wird.

Was will die Schwerindustrie?

Darauf gibt ein Aufsatz in Nr. 128 der „Deutschen Bergwerkszeitung“ (vom 4. Juni 1925) Auskunft. Er ist so interessant, daß wir ihn hier im Wortlaut wiedergeben:

„Die rätselhafte, über 30prozentige Lohnsteigerung im Baugewerbe hat in Industrie und Bergbau lebhafteste Beunruhigung hervorgerufen. Bekanntlich hat die Fällten-

Die Rehrseite der Medaille

Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ hat auch manchmal lichte Momente. So zum Beispiel, als sie in ihrer Nr. 54 vom 5. März 1925 einem Aufsatz über „Aus- und Einwanderung von Baufacharbeitern“ Raum gab. Auch dieser Artikel ist so interessant, daß wir ihn hier wörtlich folgen lassen möchten:

Die Arbeitslosigkeit, die besonders in den ersten Nachkriegsjahren die Baufacharbeiter empfindlich getroffen hat, brachte es mit sich, daß ein ansehnlicher Teil Facharbeiter aus dem Baugewerbe in andere Betriebe abwanderte und, als auch diese Möglichkeit nicht mehr gegeben war, ins Ausland überjodelte. Dort fanden sie willkommene Aufnahme, weil der deutsche Baufacharbeiter nicht nur überall sehr geschätzt wird, sondern weil in den meisten Staaten die Beschaffung von Baufacharbeitern infolge Wiederbelebung des während der Kriegszeit ebenfalls vernachlässigten Baumarcktes zu einer dringenden Notwendigkeit geworden war, begrüßte man natürlich die Zuwanderung der als tüchtig bekannten deutschen Baufacharbeiter. Von den europäischen Staaten waren es besonders Dänemark und die nordischen Länder, welche durch weitgehende Einreisegünstigungen den Zugang von Baufacharbeitern — vornehmlich Maurer — begünstigten. Holland, das infolge der Durchführung großer Bauprogramme die benötigten Kräfte nicht aufbringen konnte, nahm ebenfalls eine stattliche Zahl deutscher Baufacharbeiter für sich in Anspruch. Tausende von Facharbeitern wanderten außerdem nach den anderen europäischen und außereuropäischen Staaten — besonders den Ueberseeestaaten — aus, so daß die Zahl der ausgewanderten deutschen Baufacharbeiter und technischen Angestellten des Baufaches nach amtlichen Angaben in der Nachkriegszeit bis Ende vorigen Jahres die stattliche Höhe von rund 10 000 erreicht hatte. So schmeichelt wie die Tatsache der Bevorzugung des deutschen Baugewerbes im Auslande auch ist, und so verständlich man das Handeln der deutschen Baufacharbeiter, die infolge der verfehlten Wohnungsabbaupolitik buchstäblich aus der Heimat vertrieben wurden, finden muß, ist es doch zu bedauern, daß das deutsche Baugewerbe um diese Kräfte, die bekanntlich zu den besten zählen, geschwächt wurde. Es wird nicht mehr lange dauern, dann werden sie in Deutschland sehr entbehrt werden. Die jetzt noch nicht einmal in vollem Umfange eingesezte Wiederbelebung des Baumarcktes läßt schon erkennen, daß die Zahl der in Deutschland noch vorhandenen Facharbeiter auch nicht nur annähernd in der Lage sein wird, den Bedarf zu decken. Mit allen Mitteln müssen daher die in Frage kommenden Dienststellen in Gemeinschaft mit den Facharbeiter-Organisationen verjuchen, der noch nicht zum Stillstand gekommenen Auswanderung deutscher Baufacharbeiter Einhalt zu gebieten. Den deutschen Baufacharbeitern im Auslande muß vor Augen geführt werden, daß die Verhältnisse, die sie bereinst gezwungen haben, die Heimat zu verlassen, sich inzwischen doch wesentlich ändern und ihnen die Möglichkeit sicheren Erwerbs in Deutschland nunmehr gegeben ist. Durch event. Hilfestellung bei der Rücküberjiedelung muß ihnen die Entscheidung erleichtert werden. Aber selbst, wenn dieses Ziel erreicht werden sollte, werden, wie nunmehr allgemein zugegeben wird, die erforderlichen Baufacharbeiter immer noch nicht vorhanden sein.

Durch die Heranziehung ausländischer Baufacharbeiter will man im Notfalle diesem Uebelstande entgegenzutreten. Bereits vor längerer Zeit haben sich kompetente deutsche Stellen mit dem Auslande in Verbindung gesetzt, um eine umfangreiche Einwanderung fremder Baufacharbeiter zu organisieren. Verhandlungen wurden angeknüpft mit Italien, Polen und den meisten Balkanstaaten. Die bisherigen Bemühungen sind jedoch wenig Erfolg versprechend. Wie bereits oben gesagt, leiden fast alle Staaten darunter, daß der Baumarck in den letzten Jahren zu sehr vernachlässigt wurde und haben sie daher zunächst Interesse daran, daß ihr eigenes, meist umfangreiches Bauprogramm zur Durchführung gelangt. In ziemlich deutlicher Form hat beispielsweise die Tschechoslowakei den antragenden deutschen Stellen eine Abjage gegeben. Die Vertreter der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände der Tschechoslowakei haben in einer gemeinsamen Sitzung im Landeszentralarbeitsamt in Prag, in welcher die deutsche Anfrage wegen der Beforgung einer größeren Anzahl von Maurern und Zimmerleuten verhandelt wurde, gegen die massenweise Anwerbung von Baufacharbeitern sich ausgesprochen. Diese Entscheidung wird natürlich nicht verhindern können, daß trotzdem eine Anzahl Facharbeiter aus der Tschechoslowakei nach Deutschland auswandern wird, sie zeigt uns aber mit aller Deutlichkeit, daß wir im Falle eines ernstlichen Baufacharbeitermangels auf die Hilfe des Auslandes wenig werden rechnen können.

Jedem erscheint es doch mindestens recht zweifelhaft, daß uns die Einwanderung einer größeren Anzahl ausländischer Baufacharbeiter willkommen sein kann. Die ohnehin schon gegen die Friedenspreise erheblich höher liegenden angeblichen Baukosten würden ohne Zweifel noch weiter gesteigert werden, da der ausländische Arbeiter, der in fast keinem Falle an die Leistungsfähigkeit des deutschen Baufacharbeiters herantreiben kann, mit der deutschen Bauweise so gut wie gar nicht vertraut ist und daher bis zur Einarbeitung ein recht kostspieliges Experiment darstellt. Sollen tüchtige ausländische Baufacharbeiter ihr Glück in Deutschland versuchen, können sie ja kommen, von einer Massenwerbung sollte, selbst wenn solche möglich wäre, doch besser Abstand genommen werden, denn hierbei darf nicht vergessen werden, daß die betreffenden Stellen mit der Massenwerbung mindestens eine moralische Verpflichtung übernehmen, und ob sie diese immer erfüllen können, besonders dann, wenn die angeworbenen Kräfte sich als unbrauchbar erweisen, muß vorher ernstlich geprüft werden. Erfahrungen, die man in manchen Fällen sammeln konnte, mahnen zu dieser Vorsicht. Erinnert sei nur an den großen Bauarbeiterstreik in Schleswig-Holstein vor etwa fünf-

und Maschinenindustrie den geltenden Lohnsatz zum 1. Juli gekündigt und eine Forderung auf 10prozentigen Lohnabbau angemeldet. Die nur alsu triftige Begründung dieser Forderung liegt in der bedrohlichen Lage dieser Industrien. Gegenüber der Erhöhung im Baugewerbe müßte sie allerdings bei den Arbeitern wirken wie ein kalter Schauer, wenn diese Erhöhungen wirklich bezahlt würden. Nur zu berechtigt erschien der Hinweis darauf, daß ein vollwertiger Facharbeiter doch nicht weniger als 66 Pfg. verdienen darf, wenn der 17jährige Baujüngling, der anfängt zu lernen, wie man sich am Gerüst festhält, 68 Pfg. verdient. Da die Löhne im Baugewerbe nicht durch Schiedspruch, sondern durch Vereinbarung bis Ende September festgelegt sind, können auch diejenigen Verbände, welche gegen diese Vereinbarung waren, aber überstimmt worden sind, nichts anderes tun, als entweder diesen Lohn zu zahlen, oder ihre Bauten stillzusetzen. An letzterem sind sie natürlich meist durch die abgeschlossenen Verträge behindert. Betroffen ist in erster Linie der Hochbau. Der Tiefbau bleibt ja mit einer 12prozentigen Lohnerhöhung, die den Volljährigen auf 65 bringt, noch um 3 Pfg. hinter dem 17jährigen im Hochbau mit seinen 68 Pfg. zurück. Da sämtliche Lohnerhöhungen zu Lasten des Auftraggebers gehen, sind alle Kalkulationen für diesen umgestoßen. Schon hört man von zahlreichen Stilllegungen privater Bauten. Es ist klar, daß bei dieser Lage zu erwägen war, ob nicht auch Bergbau und Industrie dazu übergehen müssen, ihre sämtlichen Bauten stillzusetzen. Einmal als Protest gegen eine „Vereinbarung“, die die Bauübersteuerung bis an 200 Prozent der Friedensbaupreise heranzieht, ohne daß man auch nur den Schein einer Begründung für notwendig, oder wenigstens eine logische Durchbildung des Inhalts der Vereinbarung selbst für geboten hielt; denn weshalb der einen Gruppe 31, der anderen 12 Prozent, weshalb dem Arbeiter von 17 Jahren 68 Pfg., dem Mann im Tiefbau 65 Pfg.? Diese Fragen lassen Rückschlüsse auf eine Taktik des Verhandlungsführers im Arbeitsministerium zu, welche zwar dem Zustandekommen einer Vereinbarung dienlich gewesen sein mag, aber in jeder anderen Beziehung ansehnlich ist. Man muß sich hierzu überlegen, daß vor dem Kriege eine Arbeiterwohnung 1500 Mark kostete, heute 3000 bis 10 000 Mark. Damals war das Geld, wenn nicht aus dem Gewinn, so doch für 4 Prozent zu haben, heute nicht unter 5 bis 10 Prozent. Das bedeutet, daß jede Arbeiterwohnung heute jährlich 1000 Mark kostet, ein Betrag, der sich, da an Rückzahlung der Kredite vorerst nicht herangegangen werden kann, in 5 bis 6 Jahren verdoppelt haben dürfte.

Zum anderen aber muß im Interesse der ganzen Lohnpolitik überhaupt gegen das verübte Verfahren Einspruch erhoben werden, aber nicht mit Worten, sondern mit der Tat. Diese konnte nur in Stilllegung bestehen. Jeder industrielle Bauarbeitgeber muß sich ja überlegen, wie er mit seinem Gerechtigkeitsgefühl es vereinbaren kann, den Bauarbeitern so unverhältnismäßig viel mehr an Löhnen als seinen eigenen Leuten zu bewilligen. Diesen gegenüber muß er erklären, durch die trostlose wirtschaftliche Lage gebunden zu sein, aber was soll er antworten, wenn er gefragt wird, wie es denn kommt, daß sein Geldbeutel für die Bauarbeiter ausreicht. Wie festgesetzt wurde, steigt die Spanne, welche schon seither zwischen den ortsüblichen Löhnen der Hütten- und Maschinenindustrie einerseits und des Baugewerbes andererseits bestand, durch die Vereinbarung auf 60 bis 100, in einem Falle sogar bis 157 Prozent. Die Wichtigkeit dieser Tatsache ist von anderer Seite bezweifelt worden. Wir setzen deshalb einige unansehnliche Zahlen hinzu. Es betragen z. B.:

| | in der Hütten- u. Maschinenindustrie | im Baugewerbe | also mehr |
|------------------|--------------------------------------|---------------|------------|
| Arbeiter | — 66 bis — 69 | 1,13 | 67 |
| Maurer | — 66 — 69 | 1,10 | 63 |
| Bauhilfsarbeiter | — 52 | — 90 | 73 |
| Maschinen | — 55 bis — 60 | — 99 bis 1,19 | 80 bis 100 |
| Jugendliche | | | |
| u. 17—18 Jahr. | — 29 | — 68 | 134 |
| „ 16—17 „ | — 23 | — 59 | 157 |

Wenn hierzu eingewendet wird, daß diese Löhne zwar auf dem Papier stehen, daß aber mehr verdient wird, so gilt das im Einzelfalle, gilt aber dann im Baugewerbe ebenso.

Bergbau und Industrie können als Bauherrn unbegründete Lohnerhöhungen in einem solchen Ausmaße und für eine so große Arbeiterberufsgruppe nicht mitverantworten, weil die Folgen davon zu klar auf der Hand liegen. Sie würden bestehen in unerträglicher Verteuerung des Bauens, Lohnerhöhungen auf der ganzen Linie, Steigerung der Lebenshaltungskosten, Einschränkung der Produktion, insoweit also in einer Schädigung der Wirtschaft, gegen welche die Stillsetzung ihrer Bauten eine verhältnismäßig geringe Rolle spielen würde. Doch hat, wie gemeldet, für seinen Bezirk den Beschäftigten zur Stillsetzung bereits durchgeführt. Die anderen Ortsbezirke werden ohne jeden Zweifel folgen. Wichtige Interessen haben darunter zu leiden. Sie erinnern nur an die großen Neubauten des Vöhringer-Konzerns, deren Fertigstellung eine nicht absehbare Verzögerung erleidet. An vielen Stellen wird die Maßnahme von einschneidender Bedeutung sein. Niemand verkennt das weniger als die Arbeitgeber selbst. Aus diesem Grund würden wohl auch die Arbeiter zu den bisherigen Löhnen und Arbeitsbedingungen wieder aufgenommen werden können. In diesem Zusammenhang aber muß von allen Bauherren gesprochen werden, daß in Zukunft Bauverträge nur noch zu festen Preisen abgeschlossen werden. Nur so kann die wirtschaftliche Einstellung endlich überwunden werden, die noch heute, nach 17-jähriger Stabilisierung, wie besonders der letzte Baujahresbericht beweist, vermittelnde Lohnerhöhung einhält. Ganz besonders ist dies von Eisenbahnen, wie Wasserstraßen u. a., zu verlangen.

undwanzig Jahren. Die Ausdehnung dieses Streikes gab die Veranlassung, daß größere Truppen ausländischer Baufacharbeiter angeworben wurden. Ganz abgesehen von den unangenehmen Begleiterscheinungen, waren die Arbeiter doch froh, als sie diese Kräfte wieder heimisch finden konnten, weil die geleistete Arbeit in keinem Verhältnis zu den Aufwendungen stand. Viel Ärger und noch mehr Geld kostete damals dieses Experiment.“

Aus dem ersten Artikel spricht nichts als der brutale Wille, die Löhne der Bauarbeiter, koste es was es wolle auf den Elendstand der Industriearbeiterlöhne herunter zu drücken. Im zweiten sind sehr sachlich und treffend die Tatsachen aufgeführt, die für eine besonders pflegliche Behandlung des Bauarbeiterberufes sprechen. Die jetzt von den Schwerindustriellen beliebte Praxis ist das strikte Gegenteil dessen, was sich aus dem letztabgedruckten Artikel der „Bergwerkszeitung“ mit zwingender Logik ergibt. Oder glaubt die „Bergwerkszeitung“ im Ernst, das gegenwärtige Vorgehen der Schwerindustrie sei geeignet, die abgewanderten Baufacharbeiter in ihren Beruf zurückzuführen? Nein, es wird die Abwanderung erneut in Gang bringen.

Wie unfähig kurzfristig die Politik der Schwerindustriellen ist, möge auch folgende Ueberlegung zeigen: Als die von der Industrie jetzt so heftig angefochtene Lohnvereinbarung für Westdeutschland zustande kam, bestanden im größten Teil des übrigen Deutschland bereits annähernd ebenso hohe oder noch höhere Löhne, als sie in dieser Vereinbarung festgesetzt wurden. Nun ist das rheinisch-westfälische Industriegebiet in sehr starkem Maße auf die Zuwanderung auswärtiger Bauarbeiter angewiesen. Glaubt ein vernünftiger Mensch, diese Wanderarbeiter würden um der schönen Augen der Schwerindustriellen willen nach Rheinland-Westfalen ziehen, um dort einen um 10—20 Pfennige geringeren Lohn je Stunde zu verdienen, als sie anderwärts verdienen können? Deshalb sehen auch die Bauarbeiterverbände dem jetzigen Machtkampfe der Schwerindustrie recht gelassen zu. Es kann leicht sein, daß die Industrie am Ende feststellen muß, die letzten Dinge seien schlimmer geworden als die ersten. Wirtschaftliche Tatsachen lassen sich eben nicht ungestraft vergewaltigen.

Die Schwerindustrie gibt in der Öffentlichkeit als Gründe für die Stilllegung der Bauten an, die letzten Lohnerhöhungen der Bauarbeiter seien wirtschaftlich nicht tragbar und stellen eine Bedrohung der Währung dar. Den Hauptteil der Baukosten bilden aber bis heute nicht die Löhne, sondern die Ausgaben für Materialien. Als im letzten Winter und Frühjahr die Preise der wichtigsten Baustoffe ohne jede innere Berechtigung auf das Doppelte und Dreifache der Friedenspreise emporkletterten, hat die Schwerindustrie darin weder eine Bedrohung der Wirtschaftlichkeit noch der Währung gesehen, wenigstens ist uns nichts bekannt geworden, daß sie dagegen, wie jetzt gegen die angeblich zu hohen Bauarbeiterlöhne, „mit der Tat“ vorgegangen wäre. Deshalb machen auch die sich moralisch gebenden Vorwürfe von dieser Seite auf uns nicht den geringsten Eindruck. Allen demagogischen Anissen der Schwerindustriellen zum Trost halten die Bauarbeiter an ihrem klaren Rechte fest und werden dieses zu verteidigen wissen.

Allgemeine Rundschau

Graf Posadowski

Der „Lokomotivführer der deutschen Sozialpolitik“, feierte am 3. Juni seinen 80. Geburtstag. Die christlich-nationale Arbeitnehmererschaft und mit ihr alle sozialinteressierten Kreise der Bevölkerung gedachten an diesem Tage ehrenvoll des Mannes, dem die deutsche Sozialpolitik so viel zu verdanken hat. Als Graf Posadowski im Jahre 1897 an die Spitze des Reichsamtes des Innern trat, waren die Voraussetzungen für sozialpolitische Arbeit nicht weniger als günstig. Die Sozialdemokratie verneinte nicht nur den Staat und die bestehende Gesellschaftsordnung, sondern setzte auch allen noch so wohlgemeinten Bestrebungen, die deutsche Arbeitnehmererschaft materiell und geistig-sittlich zu fördern, immer nur ein Nein entgegen. Von anderer Seite her wurde jeder Versuch zum Ausbau unserer Sozialpolitik mißtrauisch beargwöhnt. Der Wille zu kraftvoller Sozialreform fand in den mächtigen und einflussreichen Kreisen einen entschiedenen Gegner. Um so größer das Verdienst des Grafen Posadowski, allen Anfechtungen zu Trost die deutsche Sozialpolitik so ausgebaut und gefördert zu haben, daß sie bei seinem Ausscheiden aus dem Amt der übrigen Kulturwelt als vorbildlich galt. Graf Posadowski hat sich immer freigehalten von dem Irrtum, als könne er durch sozialreformerische Arbeit sich die Zufriedenheit und Anerkennung der Sozialdemokratie erwerben. Er hat diese Anerkennung nie gesucht, und im Kampf gegen die Sozialdemokratie hat er immer in vorderster Reihe gestanden. Zugleich aber hielt er sich völlig frei von dem andern Irrtum, als sei mit der Bekämpfung der Sozialdemokratie allein das Notwendige getan. So hat er auch frühzeitig schon ein positives Verhältnis zur christlich-nationalen Arbeitnehmerbewegung gefunden. Er hat die Notwendigkeit einer entschiedenen Interessenvertretung der Arbeitnehmer vorbehaltlos bejaht und ist der Auffassung, die christlichen Gewerkschaften seien in Wirklichkeit viel staatsgefährlicher als die sozialistischen, nachdrücklich entgegengetreten.

Auf fast allen Gebieten sozialpolitischer Arbeit hat Graf Pobjadowski fruchtbarste und erfolgreiche Tätigkeit entfaltet. Es sei hier nur erwähnt die große Gewerbeordnungsnovelle von 1900, der Ausbau der Gewerbegerichte, die Reformen der Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherung, die Revision der Seemannsordnung und vor allem das Kinderbeschutzgesetz von 1903. Große sozialpolitische Fragen, wie die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, die Arbeitskammern usw. wollte er noch der gesetzgeberischen Lösung entgegenführen, als er 1907, in noch ungebrochener Schaffenskraft, aus seinem Amte scheidete.

Auch für das verarmte Deutschland von heute, ja in ihm erst recht, hat die Erkenntnis volle Geltung, der Graf Pobjadowski 1898 mit den Worten Ausdruck gab: „Ein Kulturstaat kann die soziale Gesetzgebung nicht zum Stillstand bringen; ein Stillstand der sozialen Gesetzgebung wäre ein Stillstand der fortschreitenden Gesittung des Deutschen Reiches überhaupt.“ So steht das deutsche Volk vor der Aufgabe, auch unter den veränderten Verhältnissen der Gegenwart zu arbeiten an der Ausgleiche der sozialen Gegensätze im Sinn und Geiste des Grafen Pobjadowski.

Lohndruck und lange Arbeitszeit die Rettung

Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hat am 12. Mai 1925 der Reichsregierung eine Denkschrift zur gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage überreicht, die bisher geheim gehalten wurde, nunmehr aber der Öffentlichkeit bekannt geworden ist. Darin wird die wirtschaftliche Depression in den schwärzesten Farben gemalt. Die Produktion betrage nur 70 Prozent der Vorkriegserzeugung. Lohnsteigerungen dürften, wenn sie wirtschaftlich tragbar sein sollten, nur in dem Maße gewährt werden, als zugleich eine Steigerung der Produktion eintrete. Tatsächlich eile aber die Lohnkurve der Wirtschaftskurve weit voraus. Eine solche Lohnentwicklung müsse notwendig inflationistisch wirken. Auch drohe der Wirtschaft Gefahr dadurch, daß eine Verkürzung der langen Arbeitszeiten in der Industrie erstrebt würde.

Sicherlich betrachten wir alle mit ernster Sorge das Wirtschaftsbarometer. Aber es ist mehr als kläglich, wenn das Mittelmeer immer und immer wieder in einer Verlängerung der Arbeitszeit und einer Herabsetzung der Löhne gesucht wird. Lediglich das anmaßende Verlangen der Arbeitnehmer soll an allem Unheil schuld sein. Vergessen sucht man in der Denkschrift etwas von der dringenden Notwendigkeit, unsere veralteten Arbeitsmethoden endlich einmal zu rationalisieren. Das Beispiel Amerikas hat zur Evidenz gezeigt, daß hier der bessere Hebel angegriffen werden muß. Die Ausnützung aller technischen Möglichkeiten wird von selbst eine Preisenkung herbeiführen. Dann werden angemessene Löhne und eine menschenwürdige Arbeitszeit auch für die deutsche Wirtschaft „tragbar“ sein. Wenn die Denkschrift sagt, daß die Pflicht der Wirtschaftspolitik weitgehende Verbilligung unserer Produktion sein muß, so hat sie durchaus recht. Nur soll sie das durch weitgehende Anpassung ihrer Betriebe an die moderne Betriebsführung und Technik zu erreichen suchen. Hier wird sie die Arbeitnehmer stets an ihrer Seite finden.

Wenn der Staat den „Forderungen“ der vereinigten Arbeitgeberverbände auf Abbau aller sozialen Errungenschaften nachgibt, so würde er sich damit in eine Abhängigkeit begeben, die böse Folgen für ihn selbst und für die Volkswirtschaft auslösen müßte.

Ein Arbeitgeberverband, der den Frieden nicht verträgt

Die Vereinigung der Schokoladen- und Zuckerwarenfabrikanten von Braunschweig versuchte kürzlich ein Rundschreiben, das folgende Stelle enthält:

„Das Bestehen des Reichstarifes und das Fehlen jeder Streikbewegung ist ein untrügliches Zeichen dafür, daß die Arbeitsbedingungen für die Arbeiter zu günstig sind. Die Forderungen der Gewerkschaften sind in einem Maße bewilligt worden, die für die Industrie untragbar sind. Der herrschende Wirtschaftsfriede ist ungeund, weil er auf Kosten der Unternehmer geht, zugleich aber dazu beiträgt, das allgemeine Lohnniveau zu steigern und schließlich dazu angetan ist, die Kaufkraft der Mark sowie die Währung zu gefährden.“

Nicht geringe Unternehmerrisse wollen Tarifverträge nur noch, wenn sich diese als Instrumente zur Wiederherstellung der Arbeiterschaft bewähren lassen. Kommt ein Tarif zustande, der der Arbeiterschaft halbwegs gerecht wird, dann ist das ein „ungeeigneter“ Wirtschaftsfriede, der schließlich durch den Kampfstand ersetzt werden muß. Die Wirtschaft wird dann gesünder, wenigstens nach der Logik der Braunschweiger Schokoladenfabrikanten. — Die Arbeiterschaft wird noch manche Anstrengungen machen müssen, bis sie die Unternehmer insgesamt zu jener Höhe wirtschaftlicher Einsicht erzoget hat, die im Hinblick auf staatliche, soziale und wirtschaftliche Notwendigkeiten selbstverständlich sein sollte.

Gemeingefährliche Drohungen

Mit seltener Fähigkeit verfolgt die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände ihr Ziel, die deutsche Wirtschaft durch weitere Verschlechterung des Lebensstandards der Arbeitnehmer zu „retten“. Nachdem die Denkschrift an die Reichsregierung ihr Volken brutal zum Ausdruck gebracht hat, sucht sie demselben Nachdruck zu verleihen durch die Meldung über eine geplante Stilllegung sämtlicher Werke des rheinisch-westfälischen Industriebezirkes. Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ schwächt die Ankündigung allerdings etwas ab. Ein derartiger Plan wäre nicht erwogen worden. Eine Stilllegung der Werke verbiete sich aus den dringlichsten Gründen, obwohl den Industriellen die

Am 4. Juli 1925 ist der siebenundzwanzigste Wochenbeitrag für das Jahr 1925 fällig.

durch den Streik um Lohn und Arbeitsbedingungen geschaffene Lage große Sorge bereite. Die Verantwortung für die Weiterentwicklung liege bei den Schlichtern und beim Reichsarbeitsministerium. Der Schlichterspruch über die Arbeitszeit an Hochöfen und Kokerien dürfe nicht für verbindlich erklärt werden.

Die Drohung ist deutlich genug, und man geht nicht fehl in der Annahme, daß die Aussperrung in der Holzindustrie von der Vereinigung veranlaßt wurde. Auch die Entlassung von 300 Arbeitern bei den Solvanwerken in Rheinberg wegen angeblichen Absatzmangels soll die Deffentlichkeit über den „Ernst der Lage“ unterrichten, die die „zu hohen Löhne“ verursacht hätten. Nicht anders zu werten ist die Meldung der den Industriellen nahestehenden „Telegraphen-Union“, daß zur Verhinderung der Stilllegung bestimmter Werke von Thyssen alle Arbeiter unter 20 und über 50 Jahren entlassen werden müßten.

Die Vereinigung hat in den letzten Jahren zu viel „schweres Geschütz“ aufgezogen, als daß der Gang der Dinge dadurch irgendwie beeinflusst werden könnte. Oder glaubt sie etwa die Volksvertreter bei den augenblicklich stattfindenden Zollverhandlungen in ihrem Sinne geübt zu machen? Die breite Deffentlichkeit hat vielmehr längst erkannt, daß der tiefere Grund für die schlechte Lage unserer Wirtschaft in der Mangelhaftigkeit der Betriebe zu suchen ist. Warum sucht die Vereinigung hier nicht Wandel zu schaffen? Traurig ist es nur, daß tausende Arbeitererfahrungen unnützen Experimenten einiger Gewaltmenschigen geopfert werden. Es ist ein gefährliches Spiel, das die schwerindustriellen Scharfmacher da treiben.

Kommunistische Phantasien

Der sozialistische Allgemeine Gewerkschaftsbund hält Anfang September in Breslau seinen Kongress ab. Seit Wochen laßbalgt sich deswegen die kommunistische Partei Deutschlands durch die „Rote Fahne“ mit dieser Spitze der sozialdemokratischen Gewerkschaften, wobei die erstere versucht, die letzteren auf die Bahn eines größeren Radikalismus zu schieben. Erfüllten sich, so meint die „Rote Fahne“ als Zentralorgan der K. P. D., die Gewerkschaften einmal mehr mit „dem Geiste revolutionären Klassenkampfes“ dann würden sich bald folgende „Gewerkschaftliche Kampferfolge in allen Lebensfragen der Arbeiterklasse einstellen: Der Achtstundentag hätte aufgehört, ein Schacherobjekt der kapitalistischen Regierungen und notorischer Arbeiterbetrüger zu sein, der Schwindel mit dem Washingtoner Abkommen, für das sich der A. D. G. B. einsetzt, läge offen, und die wirkliche Herstellung des uneingeschränkten „starken“ Achtstundentages wäre nur eine Frage von Wochen. Vorbei wäre es mit den mörderischen Arbeitszeiten von zehn und zwanzig Stunden pro Tag einerseits und der Massenarbeitslosigkeit andererseits; die infolge Erschöpfung durch überlange Arbeitszeit verursachten Unglücksfälle gehörten der Vergangenheit an. Vorbei wäre es auch mit den Hungerlöhnen und der Mordschinderei für die Arbeiter auf der einen und der Praßerei der kapitalistischen Parasiten auf der anderen Seite. Die Sozialpolitik würde nicht mehr eine Frage des Amosens, das die Bourgeoisie ihren verunglückten, Kranken und invaliden Arbeitskräften gibt oder verweigert, sondern sie würde zum Mittelpunkt der Gesetzgebung, zur selbstverständlichen Pflicht der Gesellschaft werden, weil der Proletarier als Träger der gesamten Wirtschaft, als Schöpfer aller Werte, in Zeiten seines Alters und seiner Krankheit doppelt unterstützt und gepflegt werden muß.“

Das „alles“ seien keine Phantasien, keine „Revolutionäromantik“, sondern ganz reale Möglichkeiten, für deren Durchführung technisch und wirtschaftlich die objektiven Voraussetzungen gegeben seien. — Der Umstand allein schon, daß die „Rote Fahne“ selbst sich gegen den Vorwurf der „Revolutionäromantik“ verwahren zu müssen glaubt, zeigt, wie sehr sie selbst von der „Realität“ ihrer „Phantasien“ überzeugt ist. Sie steht es aber mit diesen „Kampferfolgen“ in Rufstand, wo der Kommunismus herrscht? Von all diesen Dingen — hier keine Spur! Und wir haben ja auch schon in Deutschland Zeiten eines höchststeigerten Radikalismus gehabt. Ging es der Arbeiterschaft da etwa besser als heute? Nein schlechter!

Adam Stegerwald Ehren doktor

Die Universität Bonn ernannte anlässlich der Tausendjahrfeier der Rheinlande den Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, Adam Stegerwald, zum Doktor der Staatswissenschaften h. c. Diese Ehrung des verdienten Führers unserer Bewegung wird bei allen christlichen Gewerkschaftlern tiefe Befriedigung auslösen, ist sie doch zugleich eine Ehrung der Bewegung selbst. Dem Kollegen Stegerwald sprechen wir zur Verleihung der neuen Würde die herzlichsten Glückwünsche aus.

Gleichzeitig mit ihm wurde auch dem zweiten Vorsitzenden des Gesamtverbandes Evangelischer Arbeitervereine, dem Reichstagsabgeordneten Koch-Eberfeld und dem Rektor Anton Heinen von der Zentralkasse des Volksvereins i. d. kath. Deutschland in A.-Gladbach der Ehrendoktor verliehen. Gegenüber müßiggängigen Zeitschriften in gewissen Tageszeitungen, die bereits von „zweierlei Maß“ schwafeln, sei festgestellt, daß keine einseitige Bevorzugung christlich-nationaler Arbeiterführer stattgefunden hat, daß vielmehr vor Stegerwald, Koch und Heinen Vehm die Universität Freiburg den Führer der badischen freien Gewerkschaften, den früheren Zimmergesellen Engler, zum Ehrendoktor ernannte, daß

die Universität Köln gelegentlich ihrer Eröffnung den ehemaligen Sattlergesellen und Führer der freien Gewerkschaften, Max Eberfeld-Köln zum Ehrendoktor machte. Mit Stegerwald zugleich wurde dem freien Gewerkschaftsführer Heinrich Meher-Düsseldorf die Ehrendoktorwürde verliehen.

Tarifbewegung

Bezirk Karlsruhe

Mannheim-Ludwigshafen. Seit April dieses Jahres hat es uns nicht mehr möglich, mit den Arbeitgebern im Baugewerbe zu einer tariflichen Regelung unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu kommen. Erneut wurde von uns an die Arbeitgeber der Antrag auf Schaffung eines Bezirkstarifvertrages gestellt. Alle Verhandlungen, die bis jetzt darüber geführt wurden, sind an dem ablehnenden Verhalten der Unternehmer gescheitert. Am 15. Juni nahmen sämtliche organisierte Bauarbeiter von Mannheim und Umgebung hierzu Stellung. In dieser Versammlung wurde nach dem Bericht der Bezirksleitung über den ergebnislosen Verlauf der Verhandlungen mit den Arbeitgebern fast einstimmig der Beschluß gefaßt, in den Streik einzutreten, um so die Arbeitgeber zu zwingen, uns etwas mehr entgegenkommen zu zeigen. Restlos wurde von sämtlichen Bauarbeitern in Mannheim dieser Beschluß zur Durchführung gebracht, und im Laufe des Tages folgten noch ebenso einmütig die Städte Heidelberg und Weinheim. Mit einer solchen einmütigen Arbeitseinstellung in allen Baubetrieben hatten die Unternehmer nicht gerechnet. Wenn nun die Unternehmer glauben, durch ihre, die Deffentlichkeit irreführenden Artikel in den hiesigen Tageszeitungen Zwiespalt in den Reihen unserer Kollegen hervorzurufen, so werden sie auch hier eine große Enttäuschung erleben. Die Erbitterung unserer Kollegen ist zu groß und werden sie alle erlaubten Mittel anwenden, um den Kampf zu einem siegreichen Ende zu führen. Wir bitten alle Kollegen, den Zuzug nach Mannheim und Heidelberg fern zu halten, bis unsere Verhältnisse geregelt sind.

Aus dem Verbandsleben

Verwaltungsstelle Mainz

Durch die Bemühungen des Arbeitersekretärs, Kollege Felder und seines Mitarbeiters, Herrn Herich, sowie durch die Mithilfe unserer, an den Renovierungsarbeiten am Mainzer Dom beschäftigten Mitglieder, besonders des Kollegen Reith, war es uns möglich, zirka 20 neue Mitglieder zu gewinnen. Am Sonntag, den 21. Juni, hatten wir eine gut besuchte Versammlung, in der der Bezirksleiter Kollege Schleicher aus Frankfurt die neuen Mitglieder begrüßte und einen Vortrag hielt über die wirtschaftliche Lage im allgemeinen, sowie über die Notwendigkeit der Gewerkschaften und unseres Verbandes im besonderen. Zum Schluß ersuchte Kollege Schleicher noch alle Anwesenden, in der Agitation für unseren Verband, besonders für die Verwaltungsstelle Mainz, stets unermüdblich zu sein, damit wir auch hier die notwendige Stärke erreichen.

Sozialpolitik u. -versicherung

Die Pflichtarbeit der Erwerbslosen. Durch eine Aenderung der Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über Erwerbslosenfürsorge sind die Bestimmungen über die Pflichtarbeit schärfer gefaßt worden. Vor allem wird betont, daß den Erwerbslosen nur solche Arbeiten zugewiesen werden dürfen, die sonst überhaupt nicht, oder nicht zu dieser Zeit oder nicht in diesem Umfang ausgeführt werden würden. Es soll also im regelmäßigen Lauf der Dinge notwendig werdende Arbeit, die keinen Ausschub leidet, nicht im Wege der Pflichtarbeit ausgeführt werden.

Von den zahlreichen Einwänden, die gegen die Pflichtarbeit erhoben wurden, war der stärkste, neben der Befürchtung der Beschränkung freier Arbeitsgelegenheit, daß die Pflichtarbeiter keine besondere Vergütung für die Mehraufwendungen erhalten, die sie durch die Erfüllung der Arbeitspflicht auf sich nehmen müßten. Jetzt ist bestimmt, daß der Träger der Pflichtarbeit dem Erwerbslosen bis zu 50 v. H. der Hauptunterstützung aus eigenen Mitteln für diese Mehraufwendungen geben soll. Die „Soll“-vorschrift ist wohl dahin zu verstehen, daß alle Pflichtarbeiter in Zukunft diesen Zuschlag erhalten. Die Zuschläge werden aber nicht als Entgelt im Sinne der sozialen Versicherung angesehen, sondern der Pflichtarbeiter ist wie jeder andere Erwerbslose nur gegen Krankheit versichert, ohne daß er selbst Beiträge zahlt.

Von Bedeutung ist auch noch die Vorschrift, daß die Pflichtarbeit in der Regel 16 Stunden wöchentlich nicht übersteigen soll. Zugewandte bekommen nur in besonderen Ausnahmefällen Unterstützung. Da von der Ausnahmebezugnis fast gar kein Gebrauch gemacht worden ist, kann bisher für sie auch keinen Beihilfe für Beschaffung von Arbeitsausrüstung, freie Fahrt zur Reise in den Beschäftigungsort sowie Reise- und Umzugsunterstützung in Frage. Keinerdings dürfen an Jugendliche diese Leistungen gewährt werden. Für berufliche Fortbildung und Umschulung dürfte bisher für den einzelnen Erwerbslosen der zweifache Betrag der Hauptunterstützung aufgewendet werden. Dieser Betrag ist nunmehr auf das Fünftelfache des täglichen Unterstützungsbetrages erhöht worden.

Die Rehrseite der Medaille

D, die „Deutsche Bergwerkszeitung“ hat auch manch- mal lichte Momente. So zum Beispiel, als sie in ihrer Nr. 54 vom 5. März 1925 einem Aufsatz über „Aus- und Einwanderung von Baufacharbeitern“ Raum gab. Auch dieser Artikel ist so interessant, daß wir ihn hier wörtlich folgen lassen möchten:

„Die Arbeitslosigkeit, die besonders in den ersten Nachkriegsjahren die Baufacharbeiter empfindlich getroffen hat, brachte es mit sich, daß ein ansehnlicher Teil Facharbeiter aus dem Baugewerbe in andere Betriebe abwanderte und, als auch diese Möglichkeit nicht mehr gegeben war, ins Ausland überjiedelte. Dort fanden sie willkommene Aufnahme, weil der deutsche Baufacharbeiter nicht nur überall sehr geschätzt wird, sondern weil in den meisten Staaten die Beschaffung von Baufacharbeitern infolge Wiederbelebung des während der Kriegszeit ebenfalls vernachlässigten Baumarcktes zu einer dringenden Notwendigkeit geworden war, begrüßte man natürlich die Zuwanderung der als tüchtig bekannten deutschen Baufacharbeiter. Von den europäischen Staaten waren es besonders Dänemark und die nordischen Länder, welche durch weitgehendste Einreisefreigebungen den Zugang von Baufacharbeitern — vornehmlich Maurer — begünstigten. Holland, das infolge der Durchführung großer Bauprogramme die benötigten Kräfte nicht aufbringen konnte, nahm ebenfalls eine stattliche Zahl deutscher Baufacharbeiter für sich in Anspruch. Tausende von Facharbeitern wanderten außerdem nach den anderen europäischen und außereuropäischen Staaten — besonders den Ueberseeestaaten — aus, so daß die Zahl der ausgewanderten deutschen Baufacharbeiter und technischen Angestellten des Bauwesens nach amtlichen Angaben in der Nachkriegszeit bis Ende vorigen Jahres die stattliche Höhe von rund 10 000 erreicht hatte. So schmeichelhaft wie die Tatsache der Bevorzugung des deutschen Baugewerbes im Auslande auch ist, und so verständlich man das Handeln der deutschen Baufacharbeiter, die infolge der verfehlten Wohnungsabbaupolitik buchstäblich aus der Heimat vertrieben wurden, finden muß, ist es doch zu bedauern, daß das deutsche Baugewerbe um diese Kräfte, die bekanntlich zu den besten zählen, geschwächt wurde. Es wird nicht mehr lange dauern, dann werden sie in Deutschland sehr entbehrt werden. Die jetzt noch nicht einmal in vollem Umfange eingesezte Wiederbelebung des Baumarcktes läßt schon erkennen, daß die Zahl der in Deutschland noch vorhandenen Facharbeiter auch nicht nur annähernd in der Lage sein wird, den Bedarf zu decken. Mit allen Mitteln müssen daher die in Frage kommenden Dienststellen in Gemeinschaft mit den Facharbeiter-Organisationen versuchen, der noch nicht zum Stillstand gekommenen Auswanderung deutscher Baufacharbeiter Einhalt zu gebieten. Den deutschen Baufacharbeitern im Auslande muß vor Augen geführt werden, daß die Verhältnisse, die sie dereinst gezwungen haben, die Heimat zu verlassen, sich inzwischen doch wesentlich ändern und ihnen die Möglichkeit früheren Erwerbs in Deutschland nunmehr gegeben ist. Durch event. Hilfeleistung bei der Rücküber- siedelung muß ihnen die Entscheidung erleichtert werden. Aber selbst, wenn dieses Ziel erreicht werden sollte, werden, wie nunmehr allgemein zugegeben wird, die erforderlichen Baufacharbeiter immer noch nicht vorhanden sein.

Durch die Heranziehung ausländischer Baufacharbeiter will man im Notfalle diejem Uebelstände entgegenreten. Bereits vor längerer Zeit haben sich kompetente deutsche Stellen mit dem Auslande in Verbindung gesetzt, um eine umfangreiche Einwanderung fremder Baufacharbeiter zu organisieren. Verhandlungen wurden angeknüpft mit Italien, Polen und den meisten Balkanstaaten. Die bisherigen Bemühungen sind jedoch wenig Erfolg versprechend. Wie bereits oben gesagt, leiden fast alle Staaten darunter, daß der Baumarck in den letzten Jahren zu sehr vernachlässigt wurde und haben sie daher zunächst Interesse daran, daß ihr eigenes, meist umfangreiches Bauprogramm zur Durchführung gelangt. In ziemlich deutlicher Form hat beispielsweise die Tschechoslowakei den antragenden deutschen Stellen eine Abgabe gegeben. Die Vertreter der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände der Tschechoslowakei haben in einer gemeinsamen Sitzung im Landeszentralarbeitsamt in Prag, in welcher die deutsche Anfrage wegen der Beforgung einer größeren Anzahl von Maurern und Zimmerleuten verhandelt wurde, gegen die massenweise Anwerbung von Baufacharbeitern sich ausgesprochen. Diese Entscheidung wird natürlich nicht verhindern können, daß trotzdem eine Anzahl Facharbeiter aus der Tschechoslowakei nach Deutschland auswandern wird, sie zeigt uns aber mit aller Deutlichkeit, daß wir im Falle eines ernstlichen Baufacharbeitermangels auf die Hilfe des Auslandes wenig werden rechnen können.

Jedem erscheint es doch mindestens recht zweifelhaft, daß uns die Einwanderung einer größeren Anzahl ausländischer Baufacharbeiter willkommen sein kann. Die ohnehin schon gegen die Friedenspreise erheblich höher liegenden angeblichen Baukosten würden ohne Zweifel noch weiter gesteigert werden, da der ausländische Arbeiter, der in fast keinem Falle an die Leistungsfähigkeit des deutschen Baufacharbeiters herantreten kann, mit der deutschen Bauweise so gut wie gar nicht vertraut ist und daher bis zur Einarbeitung ein recht kostspieliges Experiment darstellt. Sollen tüchtige ausländische Baufacharbeiter ihr Glück in Deutschland versuchen, können sie ja kommen, von einer Massenwerbung sollte, selbst wenn solche möglich wäre, doch besser Abstand genommen werden, denn hierbei darf nicht vergessen werden, daß die betreffenden Stellen mit der Massenwerbung mindestens eine moralische Verpflichtung übernehmen, und ob sie diese immer erfüllen können, besonders dann, wenn die angeworbenen Kräfte sich als anbrauchbar erweisen, muß vorher ernstlich geprüft werden. Erfahrungen, die man in manchen Fällen sammeln konnte, mahnen zu dieser Vorsicht. Erinnert sei nur an den großen Bauarbeiterstreik in Schleswig-Holstein vor etwa fünf-

undzwanzig Jahren. Die Ausdehnung dieses Streikes gab die Veranlassung, daß größere Truppen ausländischer Baufacharbeiter angeworben wurden. Ganz abgesehen von den unangenehmen Begleitererscheinungen, waren die Arbeiter doch froh, als sie diese Kräfte wieder heim- schicken konnten, weil die geleistete Arbeit in keinem Ver- hältnis zu den Aufwendungen stand. Viel Verger und noch mehr Geld kostete damals dieses Experiment.“

Aus dem ersten Artikel spricht nichts als der brutale Wille, die Löhne der Bauarbeiter, koste es was es wolle, auf den Stand der Industriearbeiterlöhne herunter zu drücken. Im zweiten sind sehr sachlich und treffend die Tatsachen aufgeführt, die für eine besonders pflegliche Behandlung des Bauarbeiterberufes sprechen. Die jetzt von den Schwerindustriellen beliebte Praxis ist das strikte Gegenteil dessen, was sich aus dem letztgedruckten Artikel der „Bergwerkszeitung“ mit zwin- gender Logik ergibt. Oder glaubt die „Berg- werkszeitung“ im Ernst, das gegenwärtige Vorgehen der Schwerindustrie sei geeignet, die abgewanderten Baufacharbeiter in ihren Beruf zurückzuführen? Nein, es wird die Abwanderung erneut in Gang bringen.

Wie unsäglich kurzfristig die Politik der Schwerindus- triellen ist, möge auch folgende Ueberlegung zeigen: Als die von der Industrie jetzt so heftig angefochtene Lohn- vereinbarung für Westdeutschland zustande kam, bestanden im größten Teil des übrigen Deutschland bereits an- nähernd ebenso hohe oder noch höhere Löhne, als sie in dieser Vereinbarung festgesetzt wurden. Nun ist das rheinisch-westfälische Industriegebiet in sehr starkem Maße auf die Zuwanderung auswärtiger Bauarbeiter ange- wiesen. Glaubt ein vernünftiger Mensch, diese Wander- arbeiter würden um der schönen Augen der Schwerindus- triellen willen nach Rheinland-Westfalen ziehen, um dort einen um 10—20 Pfennige geringeren Lohn je Stunde zu verdienen, als sie anderwärts verdienen können? Deshalb liegen auch die Bauarbeiterverbände dem jetzigen Macht- kampf der Schwerindustrie recht gelassen zu. Es kann leicht sein, daß die Industrie am Ende feststellen muß, die letzten Dinge seien schlimmer geworden als die ersten. Wirtschaftliche Tatsachen lassen sich eben nicht ungestraft bergewaltigen.

Die Schwerindustrie gibt in der Öffentlichkeit als Gründe für die Stilllegung der Bauten an, die letzten Lohnerhöhungen der Bauarbeiter seien wirtschaftlich nicht tragbar und stellten eine Bedrohung der Währung dar. Den Hauptteil der Baukosten bilden aber bis heute nicht die Löhne, sondern die Ausgaben für Materialien. Als im letzten Winter und Frühjahr die Preise der wichtigsten Baustoffe ohne jede innere Berechtigung auf das Doppelte und Drei- fache der Friedenspreise emporkletterten, hat die Schwerindustrie darin weder eine Bedrohung der Wirtschaftlichkeit noch der Währung gesehen, wenigstens ist uns nichts bekannt geworden, daß sie dagegen, wie jetzt gegen die angeblich zu hohen Bauarbeiterlöhne, „mit der Tat“ vorgegangen wäre. Deshalb machen auch die sich moralisch gebenden Vorwürfe von dieser Seite auf uns nicht den geringsten Eindruck. Allen demagogischen Kniffen der Schwer- industrie zum Trotz halten die Bauarbeiter an ihrem klaren Rechte fest und werden dieses zu verteidigen wissen.

Allgemeine Rundschau

Graf Posadowski

Der „Lokomotivführer der deutschen Sozialpolitik“, feierte am 3. Juni seinen 80. Geburtstag. Die christlich-nationale Arbeitnehmererschaft und mit ihr alle sozialinteressierten Kreise der Bevölkerung gedachten an diesem Tage ehrend des Mannes, dem die deutsche Sozialpolitik so viel zu verdanken hat. Als Graf Posadowski im Jahre 1897 an die Spitze des Reichsamtes des Innern trat, waren die Voraussetzungen für sozialpolitische Arbeit nichts weniger als günstig. Die Sozialdemokratie verneinte nicht nur den Staat und die bestehende Gesellschaftsordnung, sondern setzte auch allen noch so wohlgemeinten Bestrebungen, die deutsche Arbeitnehmererschaft materiell und geistig-sittlich zu fördern, immer nur ein Nein entgegen. Von anderer Seite her wurde jeder Versuch zum Ausbau unserer Sozialpolitik mißtrauisch bearg- wöhnt. Der Wille zu kraftvoller Sozialreform fand in den mächtigen und einflußreichen Kreisen einen ent- schiedenen Gegner. Um so größer das Verdienst des Grafen Posadowski, allen Anfechtungen zu Trotz die deutsche Sozialpolitik so ausgebaut und gefördert zu haben, daß sie bei seinem Ausscheiden aus dem Amt der übrigen Kulturwelt als vorbildlich galt. Graf Posadowski hat sich immer freigehalten von dem Irrtum, als könne er durch sozialreformerische Arbeit sich die Zufriedenheit und Anerkennung der Sozialdemokratie erwerben. Er hat diese Anerkennung nie gesucht, und im Kampf gegen die Sozialdemokratie hat er immer in vorderster Reihe gestanden. Zugleich aber hielt er sich völlig frei von dem andern Irrtum, als sei mit der Belämpfung der Sozialdemokratie allein das Notwendige getan. So hat er auch frühzeitig schon ein positives Verhält- nis zur christlich-nationalen Arbeitneh- merbewegung gefunden. Er hat die Notwen- digkeit einer entschiedenen Interessenvertretung der Arbeitnehmer vorbehaltlos bejaht und ist der Auffassung, die christlichen Gewerkschaften seien in Wirklichkeit viel staatsgefährlicher als die sozialistischen, nachdrücklich entgegengetreten.

und Maschinenindustrie den geltenden Lohnsatz zum 1. Juli gekündigt und eine Forderung auf 10prozentigen Lohnabbau angemeldet. Die nur alzu trügerische Begrün- dung dieser Forderung liegt in der bedrohlichen Lage dieser Industrien. Gegenüber der Erhöhung im Bau- gewerbe müßte sie allerdings bei den Arbeitern wirken wie ein fauler Witz, wenn diese Erhöhungen wirklich bezahlt würden. Nur zu berechtigt erglänzte der Hinweis darauf, daß ein vollwertiger Facharbeiter doch nicht we- niger als 66 Pfg. verdienen darf, wenn der 17jährige Baujüngling, der anfängt zu lernen, wie man sich am Gerüst festhält, 68 Pfg. verdient. Da die Löhne im Baugewerbe nicht durch Schiedspruch, sondern durch Vereinbarung bis Ende September festgelegt sind, können auch diejenigen Verbände, welche gegen diese Verein- barung waren, aber überstimmt worden sind, nichts anderes tun, als entweder diesen Lohn zu zahlen, oder ihre Bauten stillzusetzen. An letzterem sind sie natürlich meist durch die abgeschlossenen Verträge behindert. Betroffen ist in erster Linie der Hochbau. Der Tiefbau bleibt ja mit einer 12prozentigen Lohnerhöhung, die den Voll- jährigen auf 65 bringt, noch um 3 Pfg. hinter dem 17jährigen im Hochbau mit seinen 68 Pfg. zurück. Da sämtliche Lohnerhöhungen zu Lasten des Auftraggebers gehen, sind alle Kalkulationen für diesen umgestoßen. Schon hört man von zahlreichen Stilllegungen privater Bauten. Es ist klar, daß bei dieser Lage zu erwägen war, ob nicht auch Bergbau und Industrie dazu übergehen müssen, ihre sämtlichen Bauten stillzusetzen. Einmal als Protest gegen eine „Vereinbarung“, die die Bauüber- leterung bis an 200 Prozent der Friedensbaupreise her- anbringt, ohne daß man auch nur den Schein einer Begründung für notwendig, oder wenigstens eine logische Durchbildung des Inhalts der Vereinbarung selbst für geboten hielt; denn weshalb der einen Gruppe 31, der anderen 12 Prozent, weshalb dem Arbeiter von 17 Jahren 68 Pfg., dem Mann im Tiefbau 65 Pfg.? Diese Fragen lassen Rückschlüsse auf eine Taktik des Verhandlungs- leiters im Arbeitsministerium zu, welche zwar dem Zu- standekommen einer Vereinbarung dienlich gewesen sein mag, aber in jeder anderen Beziehung ansehnlich ist. Man muß sich hierzu überlegen, daß vor dem Kriege eine Arbeiterwohnung 1500 Mark kostete, heute 9000 bis 10 000 Mark. Damals war das Geld, wenn nicht aus dem Gewinn, so doch für 4 Prozent zu haben, heute nicht unter 5 bis 10 Prozent. Das bedeutet, daß jede Arbeiter- wohnung heute jährlich 1000 Mark kostet, ein Betrag, der sich, da am Rückzahlung der Kredite vorerst nicht herangezogen werden kann, in 5 bis 6 Jahren ver- doppelt haben dürfte.

Zum anderen aber muß im Interesse der ganzen Lohnpolitik überhaupt gegen das verübte Verfahren Ein- spruch erhoben werden, aber nicht mit Worten, sondern mit der Tat. Diese konnte nur in Stilllegung bestehen. Jeder industrielle Bauarbeitgeber muß sich ja über- legen, wie er mit seinem Gerechtigkeitsgefühl es ver- einbaren kann, den Bauarbeitern so unverhältnismäßig viel mehr an Löhnen als seinen eigenen Renten zu be- willigen. Dessen gegenüber muß er erklären, durch die trostlose wirtschaftliche Lage gebunden zu sein, aber was soll er antworten, wenn er gefragt wird, wie es denn kommt, daß sein Geldbeutel für die Bauarbeiter ansteigt. Wie festgestellt wurde, steigt die Spanne, welche schon seither zwischen den ortsüblichen Löhnen der Hütten- und Maschinenindustrie einerseits und des Baugewerbes andererseits bestand, durch die Vereinbarung auf 60 bis 100, in einem Falle sogar bis 157 Prozent. Die Wichtigkeit dieser Tatsache ist von anderer Seite bezweifelt worden. Wir setzen deshalb einige unaufrichtbare Zahlen hinzu. Es betragen z. B.:

| | in der Hütten- u. Maschinenindustrie | im Bau- gewerbe | also mehr |
|------------------|--------------------------------------|-----------------|------------|
| Zimmerer . . . | —,66 bis —,69 | 1,13 | 67 |
| Maurer . . . | —,66 —,69 | 1,10 | 63 |
| Bauhilfsarbeiter | —,52 | —,90 | 73 |
| Maschinen | —,55 bis —,60 | —,99 bis 1,19 | 80 bis 100 |
| Jugendliche | | | |
| u. 17—18 Jahr. | —,29 | —,68 | 134 |
| „ 16—17 „ | —,23 | —,59 | 157 |

Wenn hierzu eingewendet wird, daß diese Löhne zwar auf dem Papier stehen, daß aber mehr verdient wird, so gilt das im Einzelfalle, gilt aber dann im Baugewerbe ebenso.

Bergbau und Industrie können als Bauherren un- begründete Lohnerhöhungen in einem solchen Ausmaße und für eine so große Arbeiterberufsgruppe nicht mit- verantworten, weil die Folgen davon zu klar auf der Hand liegen. Sie würden bestehen in unerträglichem Ver- teuerung des Bauens, Lohnerhöhungen auf der ganzen Linie, Ertragsmangel der Lebenshaltungskosten, Einschränkung der Produktion, insoweit also in einer Schädigung der Wirtschaft, gegen welche die Stillsetzung ihrer Bauten eine verhältnismäßig geringe Rolle spielen würde. Hochbau hat, wie gerade, für seinen Bezirk den Be- schluß zur Stillsetzung bereits durchgeführt. Die anderen Ortsbezirke werden ohne jeden Zweifel folgen. Wichtige Interessen haben darunter zu leiden. Wir erinnern nur an die großen Neubauten des Vöhringer-Konzerns, deren Fertigstellung eine nicht absehbare Verzögerung erleidet. In vielen Stellen wird die Maßnahme von einschneidender Bedeutung sein. Niemand verkennt das weniger als die Arbeitgeber selbst. Aus diesem Grund würden wohl auch die Arbeiten zu den bisherigen Löhnen und Arbeitsbe- dingungen wieder aufgenommen werden können. In diesem Zusammenhang aber muß von allen Bauherren gefordert werden, daß in Zukunft Bauverträge nur noch zu festen Preisen abgeschlossen werden. Nur so kann die unheilvolle Spirale endlich überwunden werden, die noch heute, nach 11-jähriger Stabilisierung, wie besonders der letzte Baujahresbericht beweist, vermeintliche son- nendene Temerung einatmet. Ganz besonders ist dies von Eisenbetriebern, wie Bauverwaltungen u. a.,

Auf fast allen Gebieten sozialpolitischer Arbeit hat Graf Pobjadowski fruchtbarste und erfolgreiche Tätigkeit entfaltet. Es sei hier nur erwähnt die große Gewerbeordnungsnovelle von 1900, der Ausbau der Gewerbegerichte, die Reformen der Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherung, die Revision der Seemannsordnung und vor allem das Kinderchutzgesetz von 1903. Große sozialpolitische Fragen, wie die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, die Arbeitskammern usw. wollte er noch der gesetzgeberischen Lösung entgegenführen, als er 1907, in noch ungebrochener Schaffenskraft, aus seinem Amte scheiden mußte.

Auch für das verarmte Deutschland von heute, ja in ihm erst recht, hat die Erkenntnis volle Geltung, der Graf Pobjadowski 1898 mit den Worten Ausdruck gab: „Ein Kulturstaat kann die soziale Gesetzgebung nicht zum Stillstand bringen; ein Stillstand der sozialen Gesetzgebung wäre ein Stillstand der fortschreitenden Gestaltung des Deutschen Reiches überhaupt.“ So steht das deutsche Volk vor der Aufgabe, auch unter den veränderten Verhältnissen der Gegenwart zu arbeiten an der Ausgleichung der sozialen Gegensätze im Sinn und Geiste des Grafen Pobjadowski.

Lohnbrud und lange Arbeitszeit die Rettung

Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hat am 12. Mai 1925 der Reichsregierung eine Denkschrift zur gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage überreicht, die bisher geheim gehalten wurde, nunmehr aber der Öffentlichkeit bekannt geworden ist. Darin wird die wirtschaftliche Depression in den schwärzesten Farben gemalt. Die Produktion betrage nur 70 Prozent der Vorkriegserzeugung. Lohnsteigerungen dürften, wenn sie wirtschaftlich tragbar sein sollten, nur in dem Maße gewährt werden, als zugleich eine Steigerung der Produktion eintrete. Tatsächlich eile aber die Lohnkurve der Wirtschaftskurve weit voraus. Eine solche Lohnentwicklung müsse notwendig inflationistisch wirken. Auch drohe der Wirtschaft Gefahr dadurch, daß eine Verkürzung der langen Arbeitszeiten in der Industrie erstrebt würde.

Sicherlich betrachten wir alle mit ernster Sorge das Wirtschaftsbild. Aber es ist mehr als läglich, wenn das Allheilmittel immer und immer wieder in einer Verlängerung der Arbeitszeit und einer Herabsetzung der Löhne gesucht wird. Lediglich das anmaßende Verlangen der Arbeitnehmer soll an allem Unheil schuld sein. Vergessen sucht man in der Denkschrift etwas von der dringenden Notwendigkeit, unsere veralteten Arbeitsmethoden endlich einmal zu rationalisieren. Das Beispiel Amerikas hat zur Evidenz gezeigt, daß hier der bessere Gehalt angelehrt werden muß. Die Ausnützung aller technischen Möglichkeiten wird von selbst eine Preisentkung herbeiführen. Dann werden angemessene Löhne und eine menschenwürdige Arbeitszeit auch für die deutsche Wirtschaft „tragbar“ sein. Wenn die Denkschrift sagt, daß „die Pflicht der Wirtschaftspolitik weitgehende Verbilligung unserer Produktion sein muß“, so hat sie durchaus recht. Nur soll sie das durch weitgehende Anpassung ihrer Betriebe an die moderne Betriebsführung und Technik zu erreichen suchen. Hier wird sie die Arbeitnehmer stets an ihrer Seite finden.

Wenn der Staat den „Forderungen“ der vereinigten Arbeitgeberverbände auf Abbau aller sozialen Errungenschaften nachgäbe, so würde er sich damit in eine Abhängigkeit begeben, die böse Folgen für ihn selbst und für die Volkswirtschaft auslösen müßte.

Ein Arbeitgeberverband, der den Frieden nicht verträgt

Die Vereinigung der Schokoladen- und Zuckerwarenfabrikanten von Braunschweig verabschiedete kürzlich ein Rundschreiben, das folgende Stelle enthält:

„Das Bestehen des Reichstarifes und das Fehlen jeder Streikbewegung ist ein untrügliches Zeichen dafür, daß die Arbeitsbedingungen für die Arbeiter zu günstig sind. Die Forderungen der Gewerkschaften sind in einem Maße bewilligt worden, die für die Industrie untragbar sind. Der herrschende Wirtschaftsfriede ist ungefund, weil er auf Kosten der Unternehmer geht, zugleich aber dazu beiträgt, das allgemeine Lohnniveau zu heigern und schließlich dazu angetan ist, die Kaufkraft der Mark sowie die Währung zu gefährden.“

Nicht geringe Unternehmerrisiko wollen Tarifverträge nur noch, wenn sich diese als Instrumente zur Niederhaltung der Arbeiterkraft heutzutage lassen. Kommt ein Tarif zustande, der der Arbeiterkraft halbwegs gerecht wird, dann ist das ein „ungefunder“ Wirtschaftsfriede, der schließlich durch den Kampfszustand ersetzt werden muß. Die Wirtschaft wird dann gesünder, wenigstens nach der Logik der Braunschweiger Schokoladenfabrikanten. — Die Arbeiterkraft wird noch manche Anstrengungen machen müssen, bis sie die Unternehmer insgesamt zu jener Höhe wirtschaftlicher Einsicht erregen hat, die im Hinblick auf staatliche, soziale und wirtschaftliche Notwendigkeiten selbstverständlich sein sollte.

Gemeingefährliche Drohungen

Mit seltener Zähigkeit verfolgt die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände ihr Ziel, die deutsche Wirtschaft durch weitere Verschlechterung des Lebensstandards der Arbeitnehmer zu „retten“. Nachdem die Denkschrift an die Reichsregierung ihr Vollen brutal zum Ausdruck gebracht hat, sucht sie demselben Nachdruck zu verleihen durch die Meldung über eine geplante Stilllegung sämtlicher Werke des rheinisch-westfälischen Industriebezirkes. Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ schwächt die Ankündigung allerdings etwas ab. Ein derartiger Plan wäre nicht erwogen worden. Eine Stilllegung der Werke verbiete sich aus den verschiedensten Gründen, obwohl den Industriellen die

Am 4. Juli 1925 ist der siebenundzwanzigste Wochenbeitrag für das Jahr 1925 fällig.

durch den Streit um Lohn und Arbeitsbedingungen geschaffene Lage große Sorge bereite. Die Verantwortung für die Weiterentwicklung liege bei den Schlichtern und beim Reichsarbeitsministerium. Der Schiedspruch über die Arbeitszeit an Hochöfen und Kokerien dürfe nicht für verbindlich erklärt werden.

Die Drohung ist deutlich genug, und man geht nicht fehl in der Annahme, daß die Aussperrung in der Holzindustrie von der Vereinigung veranlaßt wurde. Auch die Entlassung von 300 Arbeitern bei den Solvaywerken in Rheinberg wegen angeblichen Absatzmangels soll die Deffentlichkeit über den „Ernst der Lage“ unterrichten, die die „zu hohen Löhne“ verursacht hätten. Nicht anders zu werten ist die Meldung der den Industriellen nahestehenden „Telegraphen-Union“, daß zur Verhinderung der Stilllegung bestimmter Werke von Thyssen alle Arbeiter unter 20 und über 50 Jahren entlassen werden müßten.

Die Vereinigung hat in den letzten Jahren zu viel „schmerzeshafte“ aufgeföhren, als daß der Gang der Dinge dadurch irgendwie beeinflusst werden könnte. Oder glaubt sie etwa die Volkswirtschaft bei den augenblicklich stattfindenden Zollverhandlungen in ihrem Sinne gefügig zu machen? Die breite Deffentlichkeit hat vielmehr längst erkannt, daß der tiefere Grund für die schlechte Lage unserer Wirtschaft in der Mangelhaftigkeit der Betriebe zu suchen ist. Warum sucht die Vereinigung hier nicht Wandel zu schaffen? Traurig ist es nur, daß tausende Arbeitereigenschaften unnützen Experimenten einiger Gewaltmenschen geopfert werden. Es ist ein gefährliches Spiel, das die schwerindustriellen Scharfmacher da treiben.

Kommunistische Phantasien

Der sozialistische Allgemeine Gewerkschaftsbund hält Anfang September in Breslau seinen Kongress ab. Seit Wochen kassalgt sich deswegen die kommunistische Partei Deutschlands durch die „Rote Fahne“ mit dieser Spitze der sozialdemokratischen Gewerkschaften, wobei die erstere versucht, die letzteren auf die Bahn eines größeren Radikalismus zu ziehen. Erfüllten sich, so meint die „Rote Fahne“ als Zentralorgan der K. P. D., die Gewerkschaften einmal mehr mit „dem Geiste revolutionären Klassenkampfes“ dann würden sich bald folgende „gewerkschaftlichen Kampferfolge in allen Lebensfragen der Arbeiterklasse einstellen: Der Achtstundentag hätte aufgehört, ein Schacherobjekt der kapitalistischen Regierungen und notorischer Arbeiterbetrüger zu sein, der Schwindel mit dem Washingtoner Abkommen, für das sich der A. D. G. B. einsetzt, läge offen, und die wirkliche Herstellung des uneingeschränkten „starken“ Achtstundentages wäre nur eine Frage von Wochen. Vorbei wäre es mit den mörderischen Arbeitszeiten von zehn und zwanzig Stunden pro Tag einerseits und der Massenarbeitslosigkeit andererseits; die infolge Erschöpfung durch überlange Arbeitszeit verursachten Unglücksfälle gehörten der Vergangenheit an. Vorbei wäre es auch mit den Hungerlöhnen und der Afforderschinderei für die Arbeiter auf der einen und der Prafferei der kapitalistischen Parasiten auf der anderen Seite. Die Sozialpolitik würde nicht mehr eine Frage des Almosens, das die Bourgeoisie ihren verunglückten, kranken und invaliden Arbeitsflaven gibt oder verweigert, sondern sie würde zum Mittelpunkt der Gesetzgebung, zur selbstverständlichen Pflicht der Gesellschaft werden, weil der Proletarier als Träger der gesamten Wirtschaft, als Schöpfer aller Werte, in Zeiten seines Alters und seiner Krankheit doppelt unterstützt und gepflegt werden muß.“

Das „alles“ seien keine Phantasien, keine „Revolutionäromantiken“, sondern ganz reale Möglichkeiten, für deren Durchführung technisch und wirtschaftlich die objektiven Voraussetzungen gegeben seien. — Der Umstand allein schon, daß die „Rote Fahne“ selbst sich gegen den Vorwurf der „Revolutionäromantik“ verwahren zu müssen glaubt, zeigt, wie sehr sie selbst von der „Realität“ ihrer „Phantasien“ überzeugt ist. Wie steht es aber mit diesen „Kampferfolgen“ in Rußland, wo der Kommunismus herrscht? Son all diesen Dingen — hier keine Spur! Und wir haben ja auch schon in Deutschland Zeiten eines höchstgeheigerten Radikalismus gehabt. Ging es der Arbeiterkraft da etwa besser als heute? Rein schlechter!

Adam Stegerwald Ehrendoktor

Die Universität Bonn ernannte anlässlich der Tausendjahrfeier der Rheinlande den Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, Adam Stegerwald, zum Doktor der Staatswissenschaften h. c. Diese Ehrung des verdienten Führers unserer Bewegung wird bei allen christlichen Gewerkschaftlern tiefe Befriedigung auslösen, ist sie doch zugleich eine Ehrung der Bewegung selbst. Dem Kollegen Stegerwald sprechen wir zur Verleihung der neuen Würde die herzlichsten Glückwünsche aus.

Gleichzeitig mit ihm wurde auch dem zweiten Vorsitzenden des Gesamtverbandes Evangelischer Arbeitervereine, dem Reichstagsabgeordneten Koch-Eiberfeld und dem Rektor Anton Heinen von der Zentralkasse des Volksvereins f. d. lath. Deutschland in A.-Gladbach der Ehrendoktor verliehen. Gegenüber mißgünstigen Bemerkungen in gewissen Tageszeitungen, die bereits von „zweierlei Maß“ schwafeln, sei festgestellt, daß keine einseitige Bevorzugung christlich-nationaler Arbeiterführer stattgefunden hat, daß vielmehr vor Stegerwald, Koch und Fräulein Behm die Universität Freiburg den Führer der badischen freien Gewerkschaften, den früheren Zimmergehilfen Engler, zum Ehrendoktor ernannte, daß

die Universität Köln gelegentlich ihrer Eröffnung den ehemaligen Sattlergehilfen und Führer der freien Gewerkschaften, Me e e f e l d - Köln zum Ehrendoktor machte. Mit Stegerwald zugleich wurde dem freien Gewerkschaftsführer Heinrich Meyer - Düsseldorf die Ehrendoktorwürde verliehen.

Tarifbewegung

Bezirk Karlsruhe

Mannheim-Ludwigshafen. Seit April dieses Jahres war es uns nicht mehr möglich, mit den Arbeitgebern im Baugewerbe zu einer tariflichen Regelung unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu kommen. Erneut wurde von uns an die Arbeitgeber der Antrag auf Schaffung eines Bezirkstarifvertrages gestellt. Alle Verhandlungen, die bis jetzt darüber geführt wurden, sind an dem ablehnenden Verhalten der Unternehmer gescheitert. Am 15. Juni nahmen sämtliche organisierte Bauarbeiter von Mannheim und Umgebung hierzu Stellung. In dieser Versammlung wurde nach dem Bericht der Bezirksleitung über den ergebnislosen Verlauf der Verhandlungen mit den Arbeitgebern fast einstimmig der Beschluß gefaßt, in den Streit einzutreten, um so die Arbeitgeber zu zwingen, uns etwas mehr entgegenkommen zu zeigen. Restlos wurde von sämtlichen Bauarbeitern in Mannheim dieser Beschluß zur Durchführung gebracht, und im Laufe des Tages folgten noch ebenso einmütig die Städte Heidelberg und Weinheim. Mit einer solchen einmütigen Arbeitseinstellung in allen Baubetrieben hatten die Unternehmer nicht gerechnet. Wenn nun die Unternehmer glauben, durch ihre, die Deffentlichkeit irreführenden Artikel in den hiesigen Tageszeitungen Zwiespalt in den Reihen unserer Kollegen hervorzurufen, so werden sie auch hier eine große Enttäuschung erleben. Die Erbitterung unserer Kollegen ist zu groß und werden sie alle erlaubten Mittel anwenden, um den Kampf zu einem siegreichen Ende zu führen. Wir bitten alle Kollegen, den Bezug nach Mannheim und Heidelberg fern zu halten, bis unsere Verhältnisse geregelt sind.

Aus dem Verbandsleben

Verwaltungsstelle Mainz

Durch die Bemühungen des Arbeiterssekretärs, Kollege Felder und seines Mitarbeiters, Herrn Herich, sowie durch die Mithilfe unserer, an den Renovierungsarbeiten am Mainzer Dom beschäftigten Mitglieder, besonders des Kollegen Reith, war es uns möglich, zirka 20 neue Mitglieder zu gewinnen. Am Sonntag, den 21. Juni, hatten wir eine gut besuchte Versammlung, in der Bezirksleiter Kollege Schleichler aus Frankfurt die neuen Mitglieder begrüßte und einen Vortrag hielt über die wirtschaftliche Lage im allgemeinen, sowie über die Notwendigkeit der Gewerkschaften und unseres Verbandes im besonderen. Zum Schluß ersuchte Kollege Schleichler noch alle Anwesenden, in der Agitation für unseren Verband, besonders für die Verwaltungsstelle Mainz, stets unermüdet zu sein, damit wir auch hier die notwendige Stärke erreichen.

Sozialpolitik u. -versicherung

Die Pflichtarbeit der Erwerbslosen. Durch eine Aenderung der Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über Erwerbslosenfürsorge sind die Bestimmungen über die Pflichtarbeit schärfer gefaßt worden. Vor allem wird betont, daß den Erwerbslosen nur solche Arbeiten zugewiesen werden dürfen, die sonst überhaupt nicht, oder nicht zu dieser Zeit oder nicht in diesem Umfang ausgeführt werden müßten. Es soll also im regelmäßigen Lauf der Dinge notwendig werdende Arbeit, die keinen Aufschub leidet, nicht im Wege der Pflichtarbeit ausgeführt werden.

Von den zahlreichen Einwänden, die gegen die Pflichtarbeit erhoben wurden, war der stärkste, neben der Befürchtung der Beschränkung freier Arbeitsgelegenheit, daß die Pflichtarbeiter keine besondere Vergütung für die Mehraufwendungen erhalten, die sie durch die Erfüllung der Arbeitspflicht auf sich nehmen müßten. Jetzt ist bestimmt, daß der Träger der Pflichtarbeit dem Erwerbslosen bis zu 50 v. H. der Hauptunterstützung aus eigenen Mitteln für diese Mehraufwendungen geben soll. Die „Soll“-vorschrift ist wohl dahin zu verstehen, daß alle Pflichtarbeiter in Zukunft diesen Zuschlag erhalten. Die Zuschläge werden aber nicht als Entgelt im Sinne der sozialen Versicherung angesehen, sondern der Pflichtarbeiter ist wie jeder andere Erwerbslose nur gegen Krankheit versichert, ohne daß er selbst Beiträge zahlt.

Von Bedeutung ist auch noch die Vorschrift, daß die Pflichtarbeit in der Regel 16 Stunden wöchentlich nicht übersteigen soll. Zugewandte bekommen nur in besonderen Ausnahmefällen Unterstützung. Da von der Ausnahmebezugnis fast gar kein Gebrauch gemacht worden ist, kam bisher für sie auch keinen Beihilfe für Beschaffung von Arbeitsausrüstung, freie Fahrt zur Reise in den Beschäftigungsort sowie Reise- und Umzugsunterstützung in Frage. Neuerdings dürfen an Jugendliche diese Leistungen gewährt werden. Für berufliche Fortbildung und Umschulung dürfte bisher für den einzelnen Erwerbslosen der zwölfte Betrag der Hauptunterstützung aufgewendet werden. Dieser Betrag ist nunmehr auf das Fünffache des täglichen Unterstützungsbetrages erhöht worden.

Bau-Rundschau

Hauszinssteuer und Unternehmergewinn

Die Hauszinssteuer ist eine der Steuerarten, die den kleinen Mann am empfindlichsten drückt. Sie ist nur zu ertragen im Hinblick auf die entsehlende Wohnungswirtschaft. Das erfordert ihre restlose Verwendung für den eigentlichen Zweck. Jede andere Verwendung ist eine nicht nur unverantwortliche, sondern höchst unkluge soziale Ungerechtigkeit. Denn aber haben die Steuerzahler auch das lebhafteste Interesse daran, daß die Gelder nicht als Prämien für die Geschäftstüchtigkeit gewissenloser Zeitgenossen mißbraucht werden.

Wir haben die Erfahrung machen müssen, daß gerade die Kreise, die um der „Kollsgemeinschaft“ willen am lautesten nach der Hauszinssteuer gerufen haben, darin lebendig für sich selbst erheblichen Vorteil witterten. Man hätte annehmen dürfen, daß die Rot am Wohnraum alle an der Erstellung von Wohnungen Beteiligten verpflichtet hätte, mit dem geringstmöglichen Gewinn zu arbeiten. Statt dessen machten viele sich die durch die Hauszinssteuer ermöglichte Konjunktur zunutze, um horrenden Gewinne zu erzielen. Es ist das alte Lied: Den Reichen werden Lappen ausgebüdelt, an denen sich schlaue Mitbürger bereichern.

Vor uns liegt der Geschäftsbericht der Portlandzementfabrik Germania, die im verfloßenen Geschäftsjahr einen Reingewinn von mehr als eine Million Mark erzielte. Da ihr Aktienkapital zirka fünf Millionen Mark beträgt, hat sie ein Fünftel davon verdient. Sie verteilt auf die Stammaktien eine Dividende von 10 v. H. und auf die Vorzugsaktien 7 v. H. Nach Abzug der Abschreibungen, Zinsen und Provision verbleibt ein Reingewinn von 608 000 Mark. Nach Ausweis der Bilanz stehen 554 Mark Außenständen nur 248 000 Mark Schulden gegenüber.

Es wird die höchste Zeit, daß der Staat hier nach dem Rechten sieht, damit nicht noch weiter Gelder, die dem gemeinnützigen Wohnungsbau dienen sollen, in die falschen Kanäle eigennütziger Ausnutzung abfließen.

Baufstoffpreise 1914 und 1925

Die „Westdeutsche Rundschau“ (Barmen) bringt in ihrer Nummer 137 vom 15. Juni 1925 folgende Gegenüberstellung der Baustoffpreise von 1914 und 1925 (Berliner Großhandelspreise):

| | Friedenspreise | | Durchschnittspreise | |
|------------------------------------|----------------|------------|---------------------|-------------|
| | Juli 1914 | 1. Dez. 24 | 2. März 25 | 1. April 25 |
| 1000 Mauersteine frei Bagg. Berlin | 18.50 | 47.50 | 49.00 | 44.00 |
| Schrauf. Kalk 50 kg | 1.— | 1.50 | 1.72 | 1.57 |
| Zement 100 kg | 2.75 | 4.35 | 4.52 | 4.34 |
| Dachpappe 1 qm | —24 | —45 | —53 | —53 |
| Isoliertpappe 1 qm | —60 | 1.10 | 1.35 | 1.35 |
| Baugips 50 kg | 1.45 | 1.50 | 1.52 | 1.32 |
| Glas 1 qm | 1.80 | 2.30 | 3.05 | 3.05 |
| Ziegel 1000 Stück | 29.— | 52.— | 60.— | 66.— |
| Randholz pro cbm | 38.— | 60.— | 54.— | 56.— |
| Schalbreiter qm | —60 | 1.— | 1.10 | 1.— |
| Streifer ungeboh. qm | 1.30 | 1.80 | 1.75 | 1.70 |

Zur dieser Aufstellung unmittelbar folgende Sachlaute überraschenderweise: „Die Lohnentwicklung im Baugewerbe gibt zu großen Bedenken Anlaß.“ Die teilweise geradezu tolle Preisgestaltung der Baustoffe gibt dem der Industrie naheliegenden Markt offenbar zu keinen Bedenken Anlaß. Aber wir verstehen! Geschäft ist halt Geschäft, und auch die schonungslose Ausnutzung der Konjunktur ist nach der heutigen Wirtschaftsmoral erlaubt. Nur wenn die Arbeiter einmal halbwegs anständige Löhne beziehen, dann ist die Wirtschaft, die Währung und wer weiß, was sonst nicht alles gefährdet, dann geht der ganze kapitalistische Preisapparat los, wie wir das nun schon zur Genüge kennen. Wir bleiben sehr ungerührt dabei.

Wundermittelte können nicht bauen!

Der Märkischen Scholle, einer gemeinnützigen Siedlungsgesellschaft, hat kürzlich das Landesparlament Berlin in einem Steuerstreitverfahren auf ihren Einspruch folgendes mitgeteilt:

„Personen, die unter den heutigen Verhältnissen in der Lage sind, sich Wohnhäuser, wenn auch mit Unterabzügen und Erleichterungen bauen zu lassen, können nicht als Wundermittelte angesehen werden!“

Damit ist also gesagt, daß nur reiche Leute bauen können, und daß die Hauszinssteuer, die von der gesamten Bevölkerung — auch von den Wundermittelten eingebracht wird, lediglich den Reichen zugute kommt. Diese Feststellung, so schreibt die „Gewerkschaftliche Bauzeitung“, verdient festgehalten zu werden. Sie beweist aber auch, wie reformbedürftig die Hauszinssteuer ist, und wie notwendig es ist, den Wohnungsbau für Wundermittelte mehr zu fördern.

Gesamtbewegung

Übertritt zum Zentralverband der christlichen Bauarbeiter. Wuppertal waren es 25 Jahre, seit der „Verband christlicher Schuh- und Lederarbeiter“ ins Leben trat. Damals lagte in Frankfurt der große Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands. Wenn der junge Verband, der am 1. Oktober 1900 seine Tätigkeit aufnahm, bei der Gründung in 15 Orten

erst 500 Mitglieder zählte, so ist seine Entwicklung zu Einfluß, Macht und Stärke, die ihn heute zu einem mitbestimmenden Faktor des Wirtschaftslebens machen, nur möglich gewesen durch zielbewusste Energie und den seltenen Opfergeist derer, die ihn schufen. Seine vorwärtsdrängende Kraft suchten auf der einen Seite die Sozialisten zu hemmen, deren Unabulksamkeit teilweise überaus gehässige Formen annahm. Auf der anderen Seite taten die Unternehmerorganisationen alles, um die organisierte Macht des christlichen Lederarbeiterverbandes zu brechen. Der Kampf um das Koalitionsrecht stärkte den Willen zum Zusammenhalt. Besonders am Niederrhein war die Organisationsfreiheit heftig umritten. Die diesen Maßnahmen führten im Jahre 1901 in Goch zur Schaffung einer eigenen genossenschaftlichen Schuhfabrik, die nach ihrer Zwerderrückführung wieder einging. Der Sitz des Verbandes ist Frankfurt a. M. Die Jubelfeier fand unter registrierter Anteilnahme am 21. Juni 1925 in Köln statt. — Wir sprechen dem Bruderverbände zu seinem Jubiläum unsere herzlichsten Wünsche für weitere gedeihliche Entwicklung aus.

Bücherchau

Die Gewerkschaften. Von Alphonse Nobel. (Die deutsche Wirtschaft und ihre Führer. Herausgegeben von Kurt Wiedenfeld. 2. Band.) 134 Seiten. Preis broschiert 2.50 Mk. gebunden 4 Mk. Gotha 1925. Der Flamberg-Verlag.

Dieses Buch stellt eine Neuheit dar. Es handelt vom Werden der Gewerkschaften, insbesondere der christlichen Gewerkschaften, ist aber dennoch keine Gewerkschaftsgeschichte der herkömmlichen Art, will es nicht sein. Soweit der Verfasser auf den geschichtlichen Verlauf eingehen muß, geschieht es knapp-schizzenhaft, nebenbei,

Und wie?

„Wir müssen nachpolitisch betreiben, um unsere Existenz behaupten zu können. Auch unsere Geldmacht müssen wir zusammenfassen. Unsere Lösung muß sein: Zusammenfassung im großen, aber auch Zusammenfassung aller unserer Kräfte im kleinen.“

So sprach neulich der Präsident der rheinischen Landwirtschaftskammer auf einer landwirtschaftlichen Tagung in Trier. Die Lehre daraus für uns Arbeiter? Sehen wir hin und tun desgleichen!

immer jedoch höchst anschaulich. Was die Eigenart der Nobelschen Schrift, und wir dürfen hinzufügen: ihren Wert ausmacht, ist in den beiden Schlusssätzen gesagt: „Menschliche Geschichte läßt sich nicht in starre Formeln fassen, die will gezeigt und geschaut werden: Beispiele statt Geetze, Typen statt Formeln. Dieses Büchlein ist der Versuch, für die deutschen Gewerkschaften einige Beispiele zu erzählen und ein paar Typen zu zeichnen.“ Typisch für das Werden der deutschen Gewerkschaftsbewegung ist vor allem die Bergarbeiterbewegung; sie nimmt denn auch in der Darstellung einen sehr breiten Raum ein. Dies mit Recht! Nirgendso war der Gegensatz zwischen Arbeitern und Unternehmern, aber auch zwischen christlichen und sozialistischen Organisationen so scharf, wie im Bergbau. Hier mußten deshalb die gewerkschaftlichen Kämpfe besonders leidenschaftliche Formen annehmen, und es liegt auch nur in der Natur die Sache daß auf diesem Boden besonders markante Führerpersönlichkeiten wuchsen. Daß im übrigen die dramatische Bewegtheit der Bergarbeitergeschichte, die in der Darstellung noch gesteigert erscheint, den Verfasser nicht hindert, die ganze Wirklichkeit zu erkennen, beweist er in den abschließenden Sätzen dieses Kapitels: „Geringe Erfolge im Vergleich zu den gebrachten Opfern und den gemachten Anstrengungen — dies gilt eigentlich für die gesamte Arbeit der Bergarbeiterführer. Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, Erhöhung des Reallohnes, bessere Arbeitszeit — diese Errungenschaften sind schließlich auch den Bergarbeitern zugute gekommen, aber auf anderen Schlachtfeldern erkritten worden. Die fruchtbarste gewerkschaftliche Arbeit wurde geleistet in den Verbänden der mehr handwerksmäßigen Arbeit, obwohl sie weniger mühevoll war als der Kampf um die Massen der Industriebezieher.“

Neben den Bergarbeitern sind die übrigen Berufe nur ganz kurz skizzenhaft behandelt. Es nicht allzu schizzenhaft? Wir sind der Meinung, daß in der Entstehung und Entwicklung der anderen Berufe, zumal der christlichen, doch mehr Eigenart und Selbständigkeit liegt, als der Verfasser anzunehmen scheint. Die Darstellung der Gründung unseres Verbandes ist übrigens von Geschichtswissenschaftlern nicht frei. Die Anfänge einer christlichen Bauarbeiterorganisation liegen nicht im Jahre 1896, sondern 1898. Auch entstand der heutige Verband nicht „durch Vereinigung mit gleichzeitig entstandenen Organisationen des Westens“, sondern der Verband wurde 1899 ausschließlich durch Berliner Kollegen ins Leben gerufen. Der vom Kollegen Joh. Bröder (Köln) in Westdeutschland gegründete Verband schloß sich 1900

provisorisch und 1901 endgültig dem Berliner Verbande an. Weiter ist es unrichtig, daß die Bauarbeiterverbände 1908 ihren größten Arbeitskampf zu bestehen hatten. Gemeint ist offenbar der Kampf im Jahre 1910; dieser war aber kein Bauarbeiterstreik, sondern eine Aus-sperrung. Wir dürfen wohl hoffen, daß bei einer neuen Drucklegung des Buches diese Mängel beseitigt werden.

Was Nobel in weiteren Kapiteln über das gewerkschaftliche Führertum, über Gewerkschaftsbürokratie, Gewerkschaftler als Politiker usw. jagt, wird nicht ohne Widerspruch in den Gewerkschaften bleiben. Wenn er z. B. einen „grundfäßlichen Verzicht auf fremde Hilfe“ in den Gewerkschaften glaubt feststellen zu sollen und bedauernd hinzufügt, daß diese Selbstbeschränkung „ein volles Ausnutzen der vielen politischen, wirtschaftlichen, sozialpolitischen Möglichkeiten verhindert“, so antworten wir: „Trotzdem!“ Wir wehren uns zwar nicht grundsätzlichen gegen die Beschäftigung von Akademikern in der Gewerkschaftsbewegung. Aber die eigentliche Führung in den Gewerkschaften muß in den Händen von Arbeitern bleiben, auch wenn Nobel etwas spitzfindig meint, das seien „gewesene Arbeiter“, und das sei etwas ganz anderes.

Aber diese Ausstellungen haben nur nebenfäßliche Bedeutung. Als Ganzes genommen, stellt das Buch einen außerordentlich wertvollen Gewinn der Gewerkschaftsliteratur dar. Mag man mit dem Verfasser einiggehen oder nicht — und in dem meisten kann man mit ihm gehen —, stets ist es anregend bis zum äußersten. Da der an sich spröde Stoff einen großen Reiz des Wortes fand (Nobel schreibt im Erzählerstil), ist das Lesen wirklich ein Genuß, was man nicht von allen Gewerkschaftsbüchern sagen kann. Wir empfehlen das Buch allen unseren Mitgliedern dringend zur Anschaffung. (Zu beziehen vom Christlichen Gewerkschaftsverlag, Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 25.)

Bekanntmachung des Hauptvorstandes

Die Kartothekarten für die größeren Verwaltungstellen sind wieder angefertigt und zum Preise von 5 Pf. pro Stück einschließlich Porto und Verpackung von der Hauptgeschäftsstelle zu beziehen.

Der Hauptvorstand.

S. A.: P. Ringel.

Sterbetafel

Am 9. Juni starb plötzlich und unerwartet unser alter Kollege und Mitbegründer unserer Ortsgruppe **Johann Lusbont** infolge Herzschlages im Alter von 55 Jahren. Er wird von uns nicht vergessen werden. Ortsgruppe **Staddeh.**

Am 9. Juni starb unser langjähriges Mitglied **Pius Galle** nach schwerer Krankheit im Alter von 47 Jahren. Ortsgruppe **Bühl (Wittdg.).**

Am 15. Juni starb unser Kollege **Stephan Egenolf** aus Oberbrechen an Magenkrebs im Alter von 58 Jahren. Verwaltungsstelle **Frankfurt a. M.**

Am 19. Juni starb unser treuer Kollege **Kaspar Reits** infolge Alterschwäche im Alter von 72 Jahren. Ortsgruppe **Käfertal.**

Am 22. Juni verunglückte unser langjähriges treues Mitglied **Johann Wiesmeth** (Zimmerer) tödlich auf der Arbeitsstelle im Alter von 46 Jahren. Verwaltungsstelle **Amberg (Oberpf.).**

Infolge eines Schlaganfalles starb unser langjähriger Kollege, der Maurer **Walter Truschowski**, im Alter von 49 Jahren. Verwaltungsstelle **Danzig.**

Ehre ihrem Andenken!

Wichtig!

Ausfuchen!

Um allen Mitgliedern Gelegenheit zu geben, zu wirklichen Friedenspreisen rauchen zu können, haben wir uns entschlossen, auch in diesem Jahre den direkten Verkauf an Private freizugeben. Wir nehmen daher die einmaligen Kosten auf uns, um einen wertvollen Kunden die jetzigen Preise bekanntzugeben. Trotz der einzig dastehenden Preise können nur erstklassige, gesunde und heilliche Ueberreife Tabake zur Verarbeitung und direkt über Haupt unser Name für erstklassige Qualität. Um alles Risiko auf uns zu nehmen, wird Nichtgefallendes jederzeit zurückgenommen. Abgabe in Kistchen zu 50 Stück. Lieferung gegen Nachnahme, an Poststellen 30 Tage Ziel.

- Cigarillos Sabannagut, rein aromatisch 3 Pf.
- Rosita, neunpündige Kopszigarre mit Exotentabak 4 "
- Magnet-Gl. Sidelis, mild und zugenug 5 "
- Schönmarke-Portia, schneeweiße Brand 6 "
- Schließelung, eine erstklassige Konsumzigarre 7 "
- Mittelhaute-Intermezzo, große und beliebige Form 8 "
- Rosbarbeit-Artis-Corona, aromatische Genüßlinge 10 "
- Weißer Wabe, Edelgut, wirtl. Qualitätsleistungen 12 "
- Exotica-Dou Petro, echte Zigarren u. Dinerzigarren 15 "
- Tropenblätter-Collegium, unübertroffene Erzeugnisse 20 "

Gold, Manilla-Gold-Zig.
für jede Reihe, ein geschmackvoller, leichter Ueberreife Tabak, das 1/2-Prümpaket 60 Pf., das 100 Gramms-Paket 25 Pf.

Gold, Alpenanauer, reine, leichte Mischung,
das Paket 60 Pf.

Bei Sammelbestellungen über 50 R. 5%, über 100 R. 8% Provision.
Bender & Kleinagel, Zigarren- und Tabakfabriken,
Reitighelm bei Heidelberg.